

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1910

55 (7.3.1910)

Volkstreu und

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 M. In der Expedition und in den Blagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 M. vierteljährlich

Redaktion: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 481
Sprechstunde nur von 1/2 12—1/2 1 Uhr.
Expedition: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 128
Postzeitungsliste Nr. 8144
Postfach-Conto Nr. 2660

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, aber deren Raum 30 Pfg. Total-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag:
Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Für den gesamten Inhalt verantwortlich: K. Weismann
in Karlsruhe.

Für den Inseratenheft verantwortlich:
Karl Siegler in Karlsruhe.

Die Juliustürmer.

Unser Chemnitzer Parteiorgan, die „Volkstimme“, veröffentlicht ein sehr beachtliches Rundschreiben des Zentralverbandes der Industriellen zur Sammlung von Wahlgebern. Es ist bekannt, daß die Zentralverbands-Scharfmacher vor einigen Monaten eine besondere „Kommission zur Sammlung, Verwaltung und Verwendung des industriellen Wahlfonds“ eingesetzt haben. Diese Kommission hat nun die Sammlungen zur Fällung ihres „Juliustürmes“ begonnen. Der Vorstand dieser Kommission wird gebildet von den Herren Th. W. Schmidt, Direktor der Bogtländischen Spinnerei Hof in Bayern, G. Herle, Direktor der Leipziger Baumwollspinnerei Leipzig-Rindenu, Geh. Bergat Gilger, Berlin, Generaldirektor der Königs- und Laurahütte, und Th. Müller, Direktor der Firma Gebr. Stumm in Neumark.

Ueber die Tendenz der Gründung sagen die Namen des Königs Stumm, des Bergats Gilger, dieses einstigen brutalen Sklavenhalters in den kal. preussischen Saargruben, und der beiden Textilbarone genug. Gefordert wird von den angeschlossenen Unternehmern 1/2 Promille der im letzten Jahre gezahlten Lohnsumme als regelmäßigen Jahresbeitrag für den Wahlfond.

Dem Rundschreiben, das an die „mittelbaren und unmittelbaren Mitglieder“ des Zentralverbandes der Industriellen gerichtet ist, sind vier Anlagen beigelegt. Die eine enthält die Resolution des Ausschusses auf Schaffung des Wahlfonds, die zweite nähere Angaben über die Zusammensetzung der Kommission, die dritte eine deutliche Abfrage an den Hansabund, der aus entgegengegesetzten, sozialen Richtungen bestehe und daher, wenn auch sonst brauchbar, doch nicht in der Lage sei, allgemein wohlwollend auf die Wahlen einzuwirken; der Zentralverband der Industriellen habe es jedenfalls satt, mit seinem Gelde Leute zu unterstützen, die nachher im Reichstage „als entmenschte Gegner der Industrie in sozialer Beziehung“ auftreten. Dieser Hund des Zentralverbandes richtet sich offenbar gegen die paar Freisinnigen und Liberalen, die nicht bedingungslos mit den Scharfmachern gehen.

Interessanter aber ist die Anlage B, die genau über die beabsichtigte Taktik der Juliustürmer informiert. Sie trägt den Titel „Begründung“ und beginnt mit einer außerordentlich lebhaften Klage über die Fortführung der Sozialpolitik durch den Reichstag. Die dringendsten Witten, Mahnungen und Proteste der Industriellen dagegen seien umsonst gewesen, die der Industrie „abträgliche“ Befehlsgebung werde fortgesetzt, Mißstimmung, ja starke Erbitterung seien die Folge. Solche Klagen von der Seite zu hören, macht viel Spaß. Man muß dazu nur bedenken, daß der Reichstag seit den Sottentottenwahlen von 1907 außer dem durch internationale Abmachung festgelegten Sechstundentag für Arbeiterinnen nicht ein einziges Arbeiterurlaubgesetz zustande gebracht hat, daß Desbrüder, der, statt die sozialen Schäden ernsthaft zu kurieren, sie mit weicher Salbe bestreicht, Staatssekretär ist und alle seine letzten Vorklagen, Arbeitskammergesetz, Gewerbeordnungsnovelle und Reichsversicherungsordnung, nach den Diktaten der Scharfmacher umarbeitet.

Die „Begründung“ hat aber eine Entschuldigung für den „sozialpolitischen“ Reichstag bereit: der Reichstag verleihe es nicht besser. Nur die Sozialdemokraten „und einige fortgeschrittene Sozialisten in den bürgerlichen Parteien“ bedrohten ernsthaft den Profit. Die Masse der bürgerlichen Abgeordneten ist aber nach Ansicht der Zentralverbands-Scharfmacher nur dumm, und diese Dummheit ist heilbar durch — Geld. Darüber heißt es nun wörtlich in der Begründung:

Jene die Interessen der Industrie so schwer verletzenden Gesetze sind zustande gekommen, weil im Reichstag Männer fast gänzlich fehlten, die mit den tatsächlichen Verhältnissen in den Industrien, mit deren Interessen und Lebensbedingungen vertraut sind, die andererseits auch deren Bedeutung für den Staat, die Bevölkerung und das Wirtschaftsleben bis in die Einzelheiten genau kennen und die es verstehen, dieser Kenntnis Geltung zu verschaffen. Wir sind überzeugt, daß bei richtiger Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse die große Mehrzahl der Abgeordneten sich von dem Wanne der volkswirtschaftlichen, sozialistischen und sonstigen theoretischen Anschauungen und der parteipolitischen Rücksichten befreien werde, unter dessen Einwirkung sie jenen Gesetzen zugestimmt haben.

Reichlich ist über den Mangel sachkundiger Männer in unseren Parlamenten geklagt, auch die Ursache dieses Mangels wohl erkannt worden. Die Industrie hat keine Wähler. In den überwiegend industriellen Wahlkreisen sind ihre Wähler durch die Arbeiterorganisationen, vornehmlich durch die der Sozialdemokratie, entzogen worden; in den andern Wahlkreisen hat das Ueberwiegen der wahlaktiven und parteipolitischen Interessen der Vertretung industrieller Bedürfnisse keinen Raum gewährt. Hier muß eingegriffen werden, um eine Wendung zum Besseren herbeizuführen. Es muß die Möglichkeit gegeben werden, im gegebenen Falle eine Verständigung zugunsten der Interessen der Industrie herbeizuführen. Das kann aber nur geschehen, wenn die Industrie der andern Seite auch etwas zu bieten hat.

Solange politische Wahlen bestehen, ist es immer die vornehmste Aufgabe der Parteien und ihrer hervorragenden Führer gewesen, so viel Geld als möglich zur Verwendung bei den Wahlen zusammenzubringen. Daraus ist zu ersehen erstens, daß mit Geld auf den Ausfall der Wahlen im Interesse derer, die es hergeben, eingewirkt werden kann, und zweitens, daß die Sammlung und Verwendung von Geld zu Wahlzwecken als vollkommen legal angesehen wird; das natürlich nur, wenn die Verwendung eine durchaus lokale ist.

Erfahrungsgemäß ist bei den Wahlen sehr viel durch eine geschickte Agitation, großartige, umfassende, an sich durchaus erlaubte Agitation zu machen, die jedoch meistens sehr große Summen erfordert. Können diese von der Industrie zur Verfügung gestellt werden, so ist es keineswegs ausgeschlossen, daß die Parteien beginn, die Wahlkandidaten mit ihr paktieren, um sich die Unterstützung der Industrie durch die Vertretung ihrer Interessen zu sichern. Das kann wohl geschehen, ohne daß die Kandidaten ihre grundlegenden Ueberzeugungen aufgeben, ihre Ansichten wechseln oder sich gar in ein merkwürdiges Abhängigkeitsverhältnis von der Industrie begeben; es werden daher auch nur solche Fälle ins Auge zu fassen sein, in denen derartige Verhältnisse von vornherein ausgeschlossen sind.

Es kann auch nicht die Rede davon sein, in abschbarer Zeit auf dem hier bezeichneten Wege eine die Interessen der Industrie würdige und vertretende sichere Mehrheit in den gesetzgebenden Körperschaften zu erlangen. Sehr viel wird aber gewonnen sein, wenn es gelänge, zunächst auch nur die Wahl einer kleineren Anzahl von Männern durchzuführen, die es verstehen, sachkundig die gewerblichen Verhältnisse darzulegen und für deren Interessen einzutreten.

Es ist auch eingewendet worden, daß die Einwirkung in allen Wahlkreisen unerwünschliches an Arbeit und Geld erfordern würde. So soll aber auch nicht vorgegangen werden. Die überwiegende Mehrzahl der Wahlkreise befindet sich sozusagen in festen Händen; auf diese Arbeit und Geld zu verwenden, würde töricht sein. Es sollen nur solche Wahlkreise mit zweifelhaften, schwankenden Mehrheiten, in denen verschiedene Parteien um den Sieg kämpfen, der der einen oder andern Partei durch das Eintreten der Industrie erleichtert oder gesichert werden könnte, ins Auge gefaßt werden. Solche Wahlkreise anzustreben, in diesen mit Hilfe besonderer Kommissionen oder Vertrauensmänner tatkräftig und energisch zu wirken, das wird die Hauptaufgabe des Geschäftsführers der für den Wahlfonds eingesetzten Kommissionen sein.

Wir wollen nicht, so sagt unser Chemnitzer Brudersblatt hinzu, mit den Herren vom Juliusturm darüber streiten, ob ihr Vorgehen lokal und durchaus erlaubt ist. Wir halten es für schädlich und für elend schamlose Korruption, wenn Kandidaten oder Parteien, um Geld zu bekommen, mit irgendwem „paktieren“ und irgendwelche Zugeständnisse machen; aber die Ritter vom Raumpott werden darüber natürlich ganz anders urteilen.

Nicht auf das Moralische, sondern auf das Politische kommt es uns an. Die Juliustürmer werden bis zur nächsten Wahl etwa 10 Millionen Mark in ihren Geldschränken haben, 10 Millionen, herausgeschunden aus Arbeiterknochen und Leinwandbirnen. Mit dieser Riesensumme werden sie in allen nicht ganz sicheren Wahlkreisen eine Kiefenagitation gegen uns entfalten. Eine unendliche Zahl von Flugschriften und Wanderrednern wird das Land überflutet, die nationalliberale Partei aber wird mit Industriellengold gefördert, alle Einküschelungen aufgeben und nur noch mit Scharfmachern die Stichwahlkandidaten werben. Offen werden die Scharfmacher dabei nirgends hervortreten, sondern stets nur insgeheim Geld geben und dafür den „nationalen“ Kandidaten den Treueid abnehmen.

So steht uns wirklich ein heißer Kampf bevor, und die Wahlbeteiligung wird mindestens die vom vorigen Male erreichen. Möchten deshalb unsere Genossen keine Stunde mehr veräumen, sich für diesen großen Tag des Volksgerichts zu rüsten und unsere Organisationen für alle Möglichkeiten stark genug zu machen.

Der außerordentliche Parteitag.

Das rege Partei-Interesse, das in der Sozialdemokratie vorhanden ist, bewies die zahlreiche Beschickung des gestrigen außerordentlichen Parteitages. Aus dem ganzen Lande, vom Mainesstrand bis an den Bodensee, waren sie herbeigeeilt, um die jogen, inneren Parteifragen: Regelung der Finanzen für die Landesliste, Verlegung des Parteitages, Kalenderangelegenheit, Beschickung des internationalen Kongresses in Kopenhagen usw. zu erledigen. 160 Stimmberechtigte wies die Präsenzliste auf und genau 100 Orte hatten Vertretungen entsandt.

Die Debatten über die Finanzfrage waren gründlich und recht sachlich; die Sozialdemokratie ist keine Geldackpartei, sie muß mit Groschen rechnen, ihre Anhänger sind die Besitzlosen, die tagtäglich schwer um den Wenig kämpfen müssen. Aber schließlich gelang es doch, sich dahin zu einigen, pro Vierteljahr 20 Pf. Ertragssteuer zu erheben. Derselbe Beschluß war auch von der Dezember-Konferenz gefaßt worden.

Ueber die anderen Punkte der Tagesordnung wurde rasche Einmütigkeit erzielt. Es zeigte sich, daß die Mitglieder sehr wohl gewillt waren, dem Landesvorstande die Mittel und Handhaben zu bieten, die er zu einer geordneten Geschäftsführung nötig hat. Man war sich auch darüber klar, daß der nächste Reichstagswahlkampf die habsische, so gut wie die deutsche Sozialdemokratie vor große Aufgaben stellen wird.

So konnte dem Dr. Frank am Schluß des Parteitages die sachliche Ausdrucksweise dahin zusammenfassen, daß die gefaßten Beschlüsse der habsischen Sozialdemokratie zum Vorteil gereichen werden.

Der Treptower Spaziergang.

(Die irreführte Polizei.)

Telephonische Meldung.

Berlin, 6. März. Schon in früher Morgenstunde hatte die Polizei eine große Anzahl Mannschaften aufgestellt. Auf Polizeihunde führte die Polizei mit sich. Alle Zugänge nach dem Treptower Park waren abgesperrt. Der Straßenbahn- und der Eisenbahnverkehr waren teilweise unterbunden. Pünktlich erschienen um 1 Uhr mittags große Truppen von Demonstranten im Tiergarten. Die Polizei war gründlich irreführt worden. Als sie dies bemerkte, sprengten Berittene in erheblicher Anzahl auf den Tiergarten zu, um die Menge auseinanderzutreiben. Es mochten inzwischen 150 000 Menschen dort versammelt gewesen sein. Viele Demonstranten drängten nach dem Reichstagsgebäude, woselbst auf der Freitreppe eine rote Fahne entfaltet und eine Ansprache gehalten wurde. Auf dem Treptower Park folgten die Berittenen und es kam zu Zusammenstoßen, wobei mehrere Personen erheblich mißhandelt und eine Anzahl leicht verletzt wurde. Allmählich lösten sich die Demonstrationen in den einzelnen Straßen auf. Der „Treptower Spaziergang“ war beendet.

Wie wir hören, beabsichtigen die Gastwirte von Treptow die Berliner Polizei wegen Geschäftsschädigung zu verklagen. Durch die Absperrung des Treptower Parks seitens der Polizei ist den Wirten, die stark auf den Sonntagverkehr angewiesen sind — Treptow ist ein Berliner Ausflugsort — die Sonntagseinnahme ganz erheblich beschnitten worden. Man kann auf den Ausgang dieses Prozesses gespannt sein.

Die Demonstrationen im Reich.

Soweit bis jetzt Nachrichten vorliegen, verliefen die Demonstrationen in Köln, Essen, Bochum, Halle a. S., Magdeburg usw. imponant und ruhig. In Solingen wurde eine rote Fahne entfaltet, wobei es zu einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und den Demonstranten kam. Dabei wurde eine Person schwer, viele andere leicht verletzt. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Neueste Nachrichten.

Die Einigung der liberalen Linken.

Berlin, 6. März. Durch einen Parteitag, der gestern hier stattfand, ist der Abschluß der Einigung der linksliberalen Parteien vollzogen worden. Man erklärte, daß nunmehr eine neue Zeit für den Linksliberalismus anbrechen werde.

Das Festessen im Reichstagsgebäude erlitt infolgedessen eine Beeinträchtigung, als die engagierte Militärmusikkapelle fernblieb. Das Militär war nämlich wegen der Demonstrationen konfiguriert und deswegen durften auch die Musikkapellen die Kaserne nicht verlassen.

Politische Uebersicht.

Am das Erbe des Grafen Stolberg.

Im Reichstagswahlkreis Syd-Johannisburg dürfte es allem Anschein nach bei der Ersatzwahl zu einem schweren Kampf unter den bürgerlichen Parteien kommen.

Bei der vorigen Wahl entfielen auf den Grafen Stolberg 20 343 Stimmen gegen 429 sozialdemokratische und 216 freisinnige.

Maßregelung von beamteten Wahlrechtsgegnern.

Die Vereinigung von Beamten im öffentlichen und privaten Dienst zu Magdeburg, kurz Beamtenwahlverein, genannt, sprach sich kürzlich energisch gegen die preussische Wahlrechtsvorlage aus.

Im Meininger Landtag

wurde der auf Veranlassung der Synode von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf betreffend Erhebung von Kirchengemeinden in die Lasten mit 17 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Das nämliche Schicksal hatte auch der Antrag eines Kirchenrates, der eine intensive Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild forderte.

Ausland.

Volksabstimmungen in der Schweiz. Das Volk von Genf hat sich als fortschrittlich erwiesen, indem es mit 4562 gegen 347 Stimmen die Einrichtung von Kindergerichtshöfen und mit 2470 gegen 1780

Kein Hüsung.

Nach Fritz Reuter in Hochdeutscher Prosa von G. Lutz-Mannheim.

(Fortsetzung.)

Ster, ruft es, Sänschen, hier! Was, fragt der Nebenstehende, du kriegst wohl gar Sänschinken? Ei, sieh mal, du kriegst Bier? Ihr seid wohl reich jetzt und die Mutter

So geht das lebhaft durcheinander. Endlich sitzen sie alle hinter einem Haufen in einer langen Reihe, jeder einen Korb zwischen den Knien, ein Stück Schwarzbrot in der Hand und den Henkeltopf auf dem Schoß.

Wald liegt die ganze Welt im Schlafe. Nur der alte Christof erregt noch nach. Sie liegen so ruhig da, als ob keine Mühe und Dual sie wecken könnte.

Vortwärts, Kinder, an die Arbeit! Der Ruf weckt alle; nur der alte Christof redt und dreht sich noch einmal.

Dann kommt die Bepferzeit. Da sitzt ein Paar still beiseite. Es ist Johann und sein armes Mädchen. Sie sehen gar traurig in die Ferne.

O nein, du hast ja meine Arbeit zur Hälfte mitgetan, du hast ja so oft deine Senje hingelegt und mir die Garben zusammengerafft, daß ich gut mitkommen konnte.

Sie schaute sich verstockt um, ob sie auch keiner sehen könnte, legte dann den Kopf an seine Schulter und sagte liebevoll zu ihm aufblickend: Du lieber Johann!

Ja Kind, antwortete er, sie streichelnd, heut ging's einmal scharf um die Wette, aber guc einmal da, da kommt ja unser Herr.

Am Jakobitag beginnt die Jagd. Da geht der Herr über das Feld, Plinte und Jagdtasche umgehängt, und als er den Roggenstopp so dicht voll Garben sieht, da wird

die Wählbarkeit von Frauen zu den Gewerbege-richtlichen beschloß. Dagegen hat in St. Gallen wieder einmal die Müßiggangigkeit gesiegt.

Ein sozialdemokratischer Schulverein ist im letzten November in Zürich ins Leben gerufen worden. Der Verein bezeichnet in einer Proklamation an die zürcherische Arbeiterkassette als seine Aufgabe die methodische Erziehung der Kinder der Genossen zum Sozialismus.

Die Politik der Regierung in England scheint nun einigermaßen geklärt zu sein. Es hat wohl wenig Bedeutung, dem Premier Asquith wegen der bisherigen unsicheren Haltung des Kabinetts den Vorwurf des Verrats zu machen, wie das teilweise geschieht.

Nachdem bei Beratung der Adresse, mit der das Unterhaus die Thronrede beantwortete, zwei Vorschläge der Konservativen mit Hilfe der Arbeiterfraktion und bei Stimmenthaltung der Irländer abgelehnt waren, verlangte die Regierung eine Frist von einigen Wochen zur Erlebi-

sein Auge hell, und er lächelt vergnügt. Er ist auch mit der Arbeit zufrieden und grüßt alle freundlich, seine Mitze rücker.

Seut' ist er freundlich, sagt Johann, komm mit, Marie, du mußt helfen, wenn wir ihn binden und die Senje streichen, bei der Gelegenheit wollen wir ihn gleich noch einmal bitten.

Geht allein, geh ohne mich, Johann; er tut's nicht, wenn er mich zu sehen kriegt.

Johann steht auf und geht allein, grüßt, setzt den Hut auf den Seitenstiel, streicht so lebhaft und sagt so gut den lustigen Schnitterbess, daß der Herr in die Tasche greift und einen Taler hervorholt, munter ruft: Da, Kinder, macht euch ein Vergnügen und trinkt heut' Abend eins auf meine Gesundheit.

Der Knecht rührt sich nicht von der Stelle. Ach, Herr, ich hab' noch eine Bitte. Ich bin jetzt acht Jahre bei Ihnen im Dienst und hab' mich immer gut betragen, es ist nie eine Klage über mich gekommen, und die Arbeit hab' ich immer gut getan, so treu wie irgend einer.

Ja, Johann Schütt, das ist ja alles wahr, du bist immer treu und ehrlich gewesen und in der Arbeit warst du einer der besten. Indessen, so viel eigene Reute werden mir zu teuer; ich hab' mir das einmal vorgenommen, auf meinen Gütern laß ich keinen heiraten.

O ja, Herr, dem alten Vater Brand seine. Den Alten würde ich zu mir nehmen, dann bliebe alles so, wie es war.

Der Herr grübelt und sinnt, als wenn es ihm wirklich nahe ginge, daß er die Bitte ablehnen muß. Aber plötzlich änderte sich seine Gesinnung, in seinem Herzen stieg die Galle auf, seine barbare Stimme wurde unrunder, sein düsteres Auge unruhig, er dachte an das Feuer und an das, was er beim Feuerschein gesehen und hart und kalt fragte er: Wen willst du denn freien?

O, dem alten Brand seine Marie.

Der Herr wurde blaß vor Wut, riß an der Plinte, als wollte er sie von der Schulter reißen, den Taler warf er ins Gras und, sich auf dem Absatz herumdrehend, sagte er höhnisch: Such dir nur 'ne andere, für so 'ne Braut hab ich keine Wohnung!

Der Herr war weg, Johann stand wie vom Blitz getroffen.

Warum? Wieso? Warum eine andere?

Er warf sich an dem Garbenhaufen nieder, Marie sah ihn traurig an.

gung der durch die ablehnende Haltung des Oberhauses in Verwirrung geratenen Finanzangelegenheiten. So gleich nach Ostern solle dann das Unterhaus durch eine Resolution seine Stellung zur Oberhausfrage festlegen und darin den völligen Ausschluß der Lords von der Finanzgesetzgebung und die unbedingte Oberhoheit des Unterhauses auch in den sonstigen Gesetzgebungsfragen durch Herabdrückung des Oberhauses auf ein bloß zeitweiliges Vetorecht ausdrücken.

Als danach Redmond namens der irischen Partei bestimmte Erklärung über die Durchsetzung dieses Programms forderte, da anderfalls seine Fraktion gegen die Regierung stimmen werde, erklärte Lloyd George, der Führer des radikalen Flügel im Kabinett, ganz entschieden, daß es der Regierung höchster Ernst mit der Erfüllung ihres Versprechens sei.

Darauf wurde bei Stimmenthaltung der Konservativen und der Freu mit den Stimmen der Liberalen und der Arbeiter der von der Regierung geforderte Geschäftsplan angenommen. In einigen Wochen wird es sich entscheiden, ob der Einfluß der radikalen Elemente und die Energie der Regierung ausreichen, um den Widerstand der Reaktionsäre und des Königs zu brechen, oder ob das Volk nochmals, sei es in einer Neuwahl, sei es in einer über die Oberhausbetrage angeordneten Volksabstimmung, wird entscheiden müssen.

Badische Politik.

In der Schlinge.

Die Polemik über die Nachwahl in Rastatt-Band will nicht zur Ruhe kommen. Der „Bad. Beobachter“ bringt in jeder Nummer drei oder vier längere Artikel über den

Ich sagte dir es doch, Johann, nicht wahr? O Gott, es ist aus, es ist alles vorbei.

Er stieß ihre Hand ingrimmig zurück. Was, du sagtest es? Was denn? Sage einmal die Wahrheit, was hat der Herr mit dir?

Du weißt doch, er kann mich nicht ausstehen. Das ist es nicht, heraus mit der Wahrheit! Er war so weit, er wollte es tun; aber sobald er hörte, daß du die Braut leist, wollte er nicht mehr davon wissen. Nun red' und sag, was das heißen soll!

Sie sah ihm ängstlich ins Auge, ihre Lippen wurden blaß, und die Augen niedererschlagend flüsterste sie vorlegen: Weil ich ihm nicht zu Willen sein wollte.

Als wenn ihn eine Natter gestochen hätte, so flog er in die Höhe. Er konnte kaum sprechen. Was? Knirschte er, am ganzen Körper bebend, durch die Zähne, ihm zu Willen? Wer denn? Wer verlangte denn das?

Unser Herr, sagte sie zitternd. Dann erhob sich fliegend die Arme: Ach Gott, Johann, jetzt hab ich's gesagt. O, guc mich nicht so wütend an, ich bin dir ja treu geblieben. Ach, lieber Johann, wenn es mir auch das Leben verbittert hat, du bist mein Einziger geblieben.

Er reichte ihr die Hand und schweig. Mäßig stand die Geschichte des alten Daniel wie ein schwarzes Gefpenst vor ihm, das nicht mehr von seinen Widen wanden und weichen wollte. Bisher war es nur Kummer und Verdruß, was in seinem Herzen gekemmt und gewachsen war; aber jetzt füllte ein bitterer Haß und Groll die Brust bis oben hin. Er sprang auf, erfaßte die Senje und ließ sie mächtig im Kreise herumtaufen. Als wär' er ein anderer geworden mit Sehnen und Gliedern von Stahl, so raste er dem ganze Zuge voran, und Schwad' auf Schwade fiel zur Erde. Als wenn es ihm das Weisepst angetan hätte, als wenn der Teufel hinter ihm her wäre, so jauchte er mit der Senje vorwärts. Das Korn fiel, als wenn ein sengendes Feuer darüber weggefahren wäre.

So hell die Sonne auch schien, vor seinen Augen war es schwarz, und in seinem Herzen war ein Gefühl, als ob der böse Feind darin lustig lachte. Und es war ihm doch so weh, so traurig zumute, als wär' Gottes Nähe für immer von ihm gewichen. Er muß arbeiten, er muß mähen, vorwärts, vorwärts, als gälte es für zwei. Alle Adern im Herzen gerrten an ihm, der Groll, der Haß arbeitete mit.

Er legt nicht mehr die Senje auf die Schwade und rafft für Marie nicht mehr die Garben zusammen. Sie hastet ängstlich, um mitzukommen, aber endlich steht sie müd' und matt, die Hand ist lohm, die Brust fliegen, der Atem keucht, aus dem Gesichte weicht die Farbe, da fällt sie, da liegt sie auf dem Boden, und sieht ihm weh' und trank nach, wie er dahinkraft, die Schwade entlang.

(Fortsetzung folgt.)

„herlichen Sieg“ und bemüht sich frampshaft um den Nachweis, daß dieser Sieg nur dem zum Zentrum wiedererwachten Vertrauen zu danken sei. Andere Umstände hätten dabei gar keine Rolle gespielt, vor allem nicht die Millionen. Dabei passiert ihm das Malheur, daß er in der gleichen Nummer, in welcher er diese Behauptung aufstellt — am Samstag — unter Kasatt folgendes berichtet:

Kasatt, 4. März. In der Gemeinde Oberweier am Fuße des Sichelberges hat in der letzten Woche eine Mission stattgefunden. Von 155 Wahlberechtigten stimmten 140 ab und zwar sämtlich für Herrn Oberlandesgerichtsrat Schmidt. Aber auch die Wahlbeteiligung in dieser braven katholischen Gemeinde verdient lobend und als musterbildig hervorgehoben zu werden. Seit den Oktoberwahlen sind gestorben 3, krank waren 4 und wegen Abwesenheit konnten nicht wählen 5. Somit haben bloß 3 Mann nicht abgestimmt. Bei der Wahl im letzten Herbst zählte Oberweier 110 Zentrum 4 Nationalliberale und 25 Sozialdemokraten.

Man halte fest: Ende Oktober 1909 wurden in Oberweier 25 sozialdemokratische, 4 nationalliberale und 110 Zentrumstimmen abgegeben. In der Woche vor der Wahl findet eine Mission statt. Zwei Tage nach ihrer Beendigung — am 1. März war die Nachwahl — verschwinden die Liberalen und die sozialdemokratischen Stimmen und alles wählt schwarz. Der Missionsbericht erstatte bekräftigt unsere Meinung von der Einwirkung der Missionen auf die Wahl noch, indem er sagt: Auch die Wahlbeteiligung in dieser braven katholischen Gemeinde verdient lobend hervorgehoben zu werden. Haben wir da noch nötig, zu beweisen, was wir über die Missionen geschrieben haben?

Und weiter: Unser Mitarbeiter im 38. Kreise — er hat dort seinen Wohnsitz, wie wir dem „Beobachter“ auf seine Frage versichern können — hatte geschrieben:

Die Geistlichen wandten sich an die Fabriken in Gaggenau, damit die Missionsbesucher morgens später anfangen und abends früher aufhören könnten. Wie wir hören, haben sich die betr. Werke auf das Verlangen der Geistlichen nicht eingelassen, u. E. mit Recht.

Dazu bemerkt man der „Beobachter“:

Unwahr ist es auch, wenn der „Volksfreund“ schreibt, die Fabrikanten hätten keine Rücksicht genommen. Sie nehmen vielmehr Rücksicht.

Kun ja, da haben wir es. Unsere gute Meinung von den betreffenden Betrieben war falsch; sie nehmen Rücksicht auf die Missionen. Kapitalismus und Weibweil als Bundesgenossen! Sie brauchen einander. Und es gibt Arbeiter, die so — geschickte sind, solchen Lockungen zu folgen.

Endlich: Wir hatten behauptet, im 38. Kreise sei bei der Agitation von uns die Schulfrage nicht in den Vordergrund gehoben worden. Wie beweisen das an der Hand unseres Flugblattes und der in den sozialdemokratischen Versammlungen gehaltenen Reden. Was sagt der „Beobachter“ dazu?

Sowohl hat die Sozialdemokratie die Schulfrage angeschnitten bzw. behandelt, allerdings nicht im Wahlkampf, wohl aber im Parlament.

Eine gute Ausrede ist etwas wert, sagt der Volksmund. Aber diesmal scheidet der „Beobachter“ in der Schlinge. Er muß zugeben, daß die Schulfrage im Wahlkampf vor der Sozialdemokratie nicht angeschnitten wurde, obwohl er am Tage vorher das Gegenteil behauptet hatte.

Zur Zentrums-Agitation

Schreibt man uns aus Muggensturm: Auf welch tiefer Stufe die Agitation des Zentrums angekommen ist, beweist eine Wahlberufung in Muggensturm. Nach dem Referat des Hg. Morgenthaler und eines Disziplinarsprechers von unserer Seite kam Herr Köhler aus Karlsruhe an die Reihe. Nachdem er den Schulmeister unsern

Wie so manchemal . . .

Eine kleine Erinnerung aus sozialistischen Zeilen.

Kürzlich feierte unser allberehrteter Vorkämpfer August Bebel, der feurige Jüngling im Silberhaar, seinen 70. Geburtstag. Bei dieser Gelegenheit sei an eine kleine heitere Episode erinnert, bei welcher das große Geburtstagskind auch der Polizei in Pforzheim eine Nase drehte.

Während des Sozialistengesetzes erfreuten sich die Parteigenossen des ganz besonderen Schutzes der Polizei, unsere Führer aber, und damit ganz besonders Genosse Bebel, wurde auf Schritt und Tritt überwacht; hoffte man dabei doch, es ihm unzulässig zu machen, an Versammlungen und Zusammenkünften, vielleicht gar schändlichen Verschwörungen, teilzunehmen oder zu arrangieren. Aber jene Zeit war für die Partei nicht nur eine Bedrängnis, sie war auch eine Leherzeit und hunderte und tausende Stückchen wurden gelistet, wo man gleichwohl zum Ziele kam.

Eines Tages kam Genosse Bebel mit seinem Musteroffizier auch nach Pforzheim, nicht etwa um Geschäfte zu machen, sondern um bezüglich der hiesigen Parteigenossenschaft nach dem Nechten zu sehen und etwaige ängstliche Gemüter wieder anzufeuern durch das Beispiel eigener Begeisterung. Selbstverständlich wurde er von einigen Parteigenossen am Bahnhof abgeholt, damit man ihn in das Zusammenkunftsort geleiten konnte, dem öffentliche Anschuldigung von solchen Parteiverfassungen gab es nicht. Aber am Bahnhof hatte sich auch jemand anders eingefunden, nämlich die liebe Polizei, die über das Eintreffen Bebel's in hiesiger Stadt bereits abrichtet war und zur Überwachung des gefährlichen Dreckschneiders eine ihrer gewichtigsten Kräfte, den Schutzmann St., an die Bahn geschickt hatte, damit er sich am Bebel's Feinden hefte, ihn nicht aus den Augen lasse und so vor dem Abhalten einer verbotenen Zusammenkunft bewahre.

Was tun? Der Schutzmann mußte verfehlt werden; natürlich nicht im Leibhaus, wo man wahrscheinlich auch nichts für ihn erhalten hätte, sondern an einen Platz, wo er unserer Sache nicht mehr gefährlich war. Man war sich rasch einig. Kriegsrat wurde gehalten und als Befehlsort für den Polizisten der Bahnhofsaussplass erkorren. Die Parteigenossen, Bebel in der Mitte, gingen also zum Waffensplass, der Polizist mit flammenden spähenden Blicken hindendrin.

Am Waffensplass steht eine Weim-Birchstraße, es hängt daran zum Zeichen ein blankes Schwert heraus. In diesem

Genossen gegenüber ausgespielt und die Religionsfeindschaft der Sozialdemokraten nachzuweisen versucht hatte, ging er zur persönlichen Bekanntschaft unserer Landtagsabgeordneten über. Die Rörcherer Schöffel-Affäre wurde breit gedroht, den Hg. Maier nannte man einen auf der Straße herumgezogenen Handwerksburschen, der das Prädikat dumme aber freche verdiene, und so bekam jeder Abgeordnete einzeln seinen Teil ab.

Tief bedauerlich ist eine derartige Kampfesweise und Herr Köhler hätte unsern Genossen gegenüber nicht von Handzündungspatronen reden brauchen, nachdem man solche Stinkbomben verschossen hatte. Mit obigen „Schlagern“ wurden dann die Zentrumschächsen zu Brabatsalben hingerissen. Die politischen Fragen, die in Zukunft den Landtag beschäftigen werden, ließ man wohlweislich unberührt und sie mußten erst von unsern Genossen angeschnitten werden. Die politischen Fragen sind auch leider auf dem Lande Nebenache, die Religion, die in Gefahr schwebt, ist die Hauptsache, und damit werden die Bauern dann gefördert. Wie lange wird es dauern, bis auch diese einsehen, daß man sie über die politischen und wirtschaftlichen Sünden des Zentrums hinwegtäuscht?

Die Neubearbeitung des Elementarunterrichtsgesetzes.

(Aus der Denkschrift des badischen Lehrervereins.)

VI.

Die Verhältnisse des Lehrerstandes lassen sich unter den Punkten summieren: 1. Die Vor- und Fortbildung. 2. Die amtliche Stellung. 3. Die Bezahlung. Lehrer und Schule sind eine Einheit. Eins ist vom andern ungetrennt. Das Schicksal des Lehrers ist das Schicksal der Schule, sein Wert ihr Wert, seine Arbeit ihre Arbeit, seine Leistung ihre Leistung. Wie der Lehrer so die Schule! Was nützen die schönsten Schulbauten, was die besten Lehrpläne, was die ausgedehnteste Unterrichtszeit, was die sachgemäße Schulaufsicht, wenn nicht Personen da sind, welche die Vorschriften und Anregungen mit Geist erfüllen und mit Geschick ausführen können, Personen, die für ihren Beruf begeistert sind und aus innerem Triebe und Verantwortlichkeitsgefühl sich selbst vervollkommen, um das Beste leisten zu können? Das Ausschlaggebende in Erziehung und Unterricht ist — ohne Unterbrechung der äußeren Einrichtungen — die Persönlichkeit des Lehrers, und diese Persönlichkeit wird in steigender Weise mitbedeutet von dem Bildungsgange, von dem Streben nach Vervollkommen, von der amtlichen und gesellschaftlichen Stellung, von der Bezahlung.

Wer den Zweck will, darf auch die Mittel dazu nicht versagen. So gewinnen die „Verhältnisse des Lehrerstandes“ bei der Frage der Neugestaltung der Schulverhältnisse, bei der Neubearbeitung des Schulgesetzes ganz besondere Bedeutung. Wenn Oberschulratsdirektor Dr. Arnspurger gesagt hat: „Der Beginn aller Verbesserungen des Volksschulwesens muß eine bessere Gestaltung der Einkommensverhältnisse der Lehrer sein“, so möchten wir dieses Wort dahin erweitern, daß der Beginn und die Durchführung der Verbesserungen des Schulwesens mit einer besseren Gestaltung aller Verhältnisse des Lehrerstandes einsehen muß.

Vollbildung und Lehrerbildung stehen in einem notwendigen inneren Zusammenhang: das gesteigerte Bildungsbedürfnis der Gegenwart verlangt auch eine Vervollkommenung der Lehrerbildung. Diese muß vor allen Dingen modern im guten Sinne des Wortes sein. Es darf bei der Organisation des Lehrerbildungswesens nicht zu frühe in dem zu bildenden Jüngling der künstliche Berufsgeist, der Lehrer, sondern der Mensch gesehen werden. Daher muß der Lehrer zuerst zum Menschen gebildet werden und dann erst zum Lehrer.

Darum stellt der „Badische Lehrerverein“ folgende Forderungen auf:

a) Der Lehrplan der Lehrerseminare baut auf dem Kenntnisstand wenigstens der Untersekunda unserer höheren Lehranstalten auf. Die Vorseminare sind aufzuheben. b) Die Seminare, die Lehrer für konfessionell gemischte Schulen vorzubereiten haben, sind nicht nur grundsätzlich, sondern auch tatsächlich

pflegen die guten Bürger unserer Stadt ihren Schoppert Wein zu trinken. Dort hinein ging die rote Rotte Aoras und setzte sich an den Konvorkationstisch, wo bereits einige Speicher hinter dem Glase Wein saßen. Hier herein zu gehen, hielt der Polizist für unzulässig, denn in diesem Weinhäus wird keine sozialdemokratische Versammlung abgehalten. Außerdem sah der Stadtbekannt, nun kündigt in bessere Gefilde hinübergeleitete Genosse St. so am Fenster, daß ihn das Schutzmannsaue stets beobachtet konnte. Aber es dauerte nicht lange, so verdrängte bald dicker, bald jener der Genossen, darunter auch Genosse Bebel, durch die Hintertür; nur Genosse St., auf den ja der Schutzmann sein Auge geworfen, blieb sitzen. Und das beruhigte auch den Schutzmann. Genosse St. blieb sitzen, trank einen, zwei, drei Schoppen. Der Polizist promienierte draussen auf und ab, und so sehr ihm auch die Zeit lang werden mochte, so tröstete er sich, daß er doch durch die Fenstersehen zwischen den Vorhängen das markante Gesicht des Genossen St., der wohl der Polizei als Nacher vor's Ganze bekannt war. Mittlerweile war die Nacht hereingebrochen, der trinkfeste Genosse St. sah immer noch und der Schutzmann strampelte immer noch das holprige Waffensplasspflaster glatt.

Endlich — alles hat ein Ende — verließ Genosse St. das „Schwert“ und grüßte, wie sich das gehört, beim Verlassen der Schenke den Schutzmannsposten.

„Das war eine faktisch lange Sitzung, nicht wahr?“ meinte er trauernd zu dem Schutzmann.

Der fuhrte in seinen Schnurrbart: „Natürlich, verdammt lang; aber wo haben Sie ihre Genossen und den Herrn Bebel?“ „Ach so,“ erwiderte St., „Sie warteten auf Bebel, ja warum haben Sie denn das nicht früher gesagt; der ist schon vor einigen Stunden wieder fortgegangen, hielt in der Wirtschaft zum „Heidelberger Hof“ eine Versammlung ab und dürfte schon in Stuttgart sein!“

Es war schade, daß kein Photograph zur Stelle war, der das länger und immer länger werdende Schutzmanns-Ansitz photographiert und der Nachwelt aufbewahrt hätte. Aber auch so freuten die Parteigenossen sich noch lange über den Reinsfall der Polizei und wenn der Pforzheimer „Generalanzeiger“ unlangst als Geburtsstagsartikel die Agitationsrede Bebel's für den früheren sozialdemokratischen Reichstagskandidaten Nicht aufgeführt hat, die Bebel gehalten haben soll ohne die Anwesenheit des Kandidaten und ohne dessen Namen auch nur ein einziges Mal in den Mund zu nehmen, so sei auch das vorstehende Geschichtchen wieder aufgeführt.

simultane Anstalten, wie alle übrigen staatlichen und kommunalen Schulen. c) Mit den Lehrerbildungsanstalten sind keine Internate zu verbinden. d) In jedem Seminar ist eine vollständige, alle acht Schuljahre umfassende Übungsschule zu errichten, an der tüchtige Volksschullehrer in etatmäßiger Anstellung zu verwenden sind, Lehrer, die sich in Theorie und Praxis in jahrelanger Tätigkeit an verschiedenen Schulen des Landes bewährt haben. e) Die Seminare sind als vollständige höhere Lehranstalten anzusehen, so daß die Lehrer berechtigt sind, zu ihrer Fortbildung die Hochschule zu besuchen. f) Wenigstens an einer Hochschule ist ein Lehrstuhl für Pädagogik und ein pädagogisches Seminar zu errichten. g) Die „Dienstprüfung“ ist so einzurichten, daß sie im wesentlichen eine pädagogisch-methodische, eine tatsächliche Dienstprüfung ist. h) Die Fortbildung der Lehrer von der Seminarenlassung bis zur Dienstprüfung ist zweimäßig zu gestalten. i) Die „Lehrerlehrevereine“ sind als verordnungsgemäße Fortbildungseinrichtung aufzuheben.

Außerordentlicher Parteitag

am 6. März im Dreifönigsaal in Offenburg.

Im Auftrage des Landesvorstandes der sozialdemokratischen Partei Badens eröffnete Gen. Ant. Geiß den außerordentlichen Parteitag mit Begrüßung der Anwesenden. In das Bureau werden gewählt Dr. Frank-Mannheim als 1., Sigmund-Karlsruhe als 2. Vorsitzender, Müller-Pforzheim und Schenk-Freiburg als Schriftführer.

Der Vorsitzende Dr. Frank widmet dem verstorbenen Parteisekretär Schäfer einen ehrenden Nachruf. Die Anwesenden erheben sich von ihren Sätzen. Dem Genossen Bebel werden die Glückwünsche des Parteitages zu seiner Wiedererhebung übermitteln. Der Parteitag spricht auch den preussischen Wahlrechtskämpfern die Sympathie durch folgende Resolution aus:

Der heute, 6. März 1910, im Dreifönigsaal in Offenburg tagende, von über 140 Genossen aus dem ganzen Lande besuchte außerordentliche Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Badens spricht seine Entrüstung aus gegenüber der vorkandidierenden preussischen Dreiklassenwahlrechtsvorlage.

Der Parteitag protestiert ferner gegen das reaktionäre Kultur- und bildungsfeindliche Verhalten der preussischen Junker und dessen Verbündeten, des Zentrums, und bedauert aufs tiefste, daß ein preussischer Junker es ungestraft im Parlament wagen durfte, zum Verfassungsbruch aufzufordern; ebenso energisch protestieren die Versammelten gegen die reaktionäre vorkandidierende Rede des preussischen Ministerpräsidenten Bethmann-Hollweg im preussischen Landtag, und sprechen dem um ein freies Wahlrecht kämpfenden preussischen Volke ihre begeisterte Sympathie aus.

In die Mandatsprüfungs-Kommission werden gewählt Korn-Singen, Schudach-Heidelberg und Haber-Offenburg.

Es wird dann beschlossen, die Punkte 1, 2 und 6 zusammenzuverhandeln. Ebenso werden Punkt 4 und 5 zusammengefaßt.

Die Tagesordnung gestaltete sich darnach wie folgt:

- 1. Abhaltung des nächsten badischen Parteitages,
2. Das neue deutsche Parteistatut und seine Handhabung,
3. Waffensplass,
4. Kalenderfrage,
5. Waffensplass,
6. Delegiertensteuer,
7. Internationaler Kongreß in Kopenhagen,
8. Konferenz der Gemeindevertreter,
9. Besprechung allgemeiner Angelegenheiten.

Ueber

Abhaltung des nächsten badischen Parteitages, das neue deutsche Parteistatut und seine Handhabung, sowie Waffensplass

referiert Geiß-Mannheim. Der badische Parteitag muß dem deutschen Parteitag vorausgehen wegen der Rechnungslegung, des Geschäftsabchlusses usw. Er findet in jedem Jahre am letzten Sonntag im August oder am ersten Sonntag im September statt. Das neue deutsche Parteistatut basiert auf den Beschlüssen des badischen Parteitages, ebenso die Bildung des Waffensplasses, den letzteren solle jeder Kreis für sich aufbringen.

Vor Eintritt in die Diskussion überbringt das Parteivorstandsmittglied Müller-Berlin die Grüße des Parteivorstandes und beglückwünscht die badischen Parteigenossen zu ihren bei den letzten Landtagswahlen errungenen Erfolgen. Es sei charakteristisch, daß dasselbe Zentrum, über das die Badenenser den Sieg errungen haben, jetzt wieder in Preußen die elende Anhängler-Rolle der Reaktion spielt. Dieses Zentrum muß bei der nächsten Reichstagswahl stark zurückgedrängt werden. — Peirrotte-Strasbourg übermitteln die Grüße der elbischen Parteigenossen und hofft, daß die badischen Parteigenossen ihre errungenen Erfolge auch festhalten werden.

Zur Tagesordnung sprachen Kützer-Karlsruhe, der die Einberufung der Dezember-Konferenz nicht billigt; die Meinen Orte können auch nicht die Kosten zu dem neuen Parteitag im August aufbringen. Die Beschlüsse zum Waffensplass billigte er. — Bergolini-Ladenburg wünscht keine ähnliche Konferenz mehr, wie die im Dezember. Auch der nächste Parteitag im August sei nicht nötig. — Sahn-Mannheim erklärt, der Parteivorstand verweise sich nicht auf die Abhaltung des Parteitages im August. Aber der Landesvorstand muß die Handhaben erhalten, um ohne Parteitag auszukommen. — Engler-Freiburg tritt für die Abhaltung des Parteitages im August ein. Ohne diesen können wir nicht auskommen. — Kollwagen-Durlach sagt, die gefassten Beschlüsse dürften nicht auf einer Konferenz erledigt werden. Er mißbilligt das Verhalten des Landesvorstandes. Den Parteitag im August brauchen wir nicht. Die Leipziger Beschlüsse wegen des Waffensplasses halte ich für verfehlt. — Pfeiffle-Mannheim verleiht die Beschlüsse der Offenburger Konferenz, Aehnliche Konferenzen haben schon früher stattgefunden. — Huber-Eggenstein, Meier-Rastatt, Argast-Karlsruhe tadeln die Einberufung der Konferenz.

Es wird Schluß der Debatte angenommen. Der Parteitag beschließt, den nächsten badischen Parteitag im August in Offenburg abzuhalten.

Die Beschlüsse der Offenburger Konferenz gelten somit für Punkt 1, 2 und 3.

Ueber die Kalenderfrage

referiert Ling-Mannheim: In Zukunft wird die Auflage des Kalenders auf 25 000 festgesetzt. Der Preis soll 25 Pf. betragen. In Württemberg und Bayern wird bezüglich des Preises

ebenfalls verfahren. Nehmen Sie den Antrag des Landesvorstandes an.

In der Diskussion tritt Jäck-Grüningen für die Unentgeltlichkeit des Kalenders ein. — Pfeiffle-Mannheim bittet, den Preis beizubehalten. Unser Kalender ist bezüglich seines Inhalts als einer der besten sozialdemokratischen Volkskalender bezeichnet worden. — Rau-Philippshurg: Der Kalender wirkt auf dem Lande sehr gut. Er sollte gratis abgegeben werden. — Richter-Lahr: Für die Landtagung müßte der Kalender umsonst abgegeben werden. Dies befugt auch unser Antrag. — Geiß-Mannheim: Die Gratis-Herausgabe ist wegen der Kosten einfach unmöglich. Er ist für 25 Pf. nicht zu teuer. — Die Debatte wird geschlossen. Ein Antrag Niedmüller-Freiburg, für den Kalender eine Profikure über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion herauszugeben, wird abgelehnt. Ebenso der Antrag Lahr, den Volkskalender gratis abzugeben. — Angenommen wird der Antrag des Landesvorstandes, den Kalender auch in diesem Jahre herauszugeben und dafür 25 Pf. zu verlangen.

Mandatsprüfung.

Genosse Korm-Singen verkündet, daß 160 Stimmberechtigte anwesend sind, und zwar außer Müller-Berlin und Beitzes-Strasbourg sämtliche Mitglieder des Landesvorstandes, 13 Landtagsabgeordnete, 4 Parteisekretäre, Vertreter der Parteipresse, die Vorstände von 12 Reichstagswahlkreisen, sowie 132 Delegierte aus 100 Orten. 5 Mandate seien beanstandet worden. Der Parteitag beschließt aber ihre Gültigkeit.

Wahlfond und Delegiertensteuer.

Referent ist Pahn-Mannheim. Er begründet die Anträge des Landesvorstandes auf Erhebung einer Extrasteuer. Die finanzielle Lage der Landesklasse erfordert unbedingt eine Regelung. Die nächsten Wahlen kosten uns viel Geld. Wir wollen keine Erhöhung des Grundbeitrages, sondern einen Extrabeitrag. Die Delegiertensteuer basiert auf dem Grundsatz, daß künftig noch dem deutschen Parteitag mehr Delegierte geschickt werden sollen, wie das Bayern und Hessen schon längst durchgeführt. Die Anforderungen an die Landesklasse werden immer größer, also müssen wir auch größere Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Es folgt die Mittagspause.

Nachmittagsitzung.

Der Vorsitzende Gen. Dr. Franz gibt zunächst die zu der Beitragsfrage eingelaufenen Anträge bekannt.

In der Diskussion erhält zunächst das Wort: Mater-Gedelberg: Die vielen Anträge beweisen, daß der Landesvorstand im Rechte war, als er einen Extrabeitrag verlangte. Die Frage ist jetzt die, welche Art der Beitragserhöhung die zweckmäßigste ist. In einer intensiveren Agitation sind erhebliche finanzielle Mittel erforderlich. Der Fortschritt unserer Partei in den ländlichen Kreisen hängt davon ab, ob wir bei der Agitation genügend Mittel zur Verfügung haben. Es handelt sich vor allem darum, die jetzt erwerbenden Landtagswahlkreise zu halten und weitere in unseren Besitz zu bringen. Die Wahlen erfordern immer mehr Geld. Der praktischste Antrag ist der des Landesvorstandes. Es handelt sich hier nicht um einen gewöhnlichen Extrabeitrag, sondern um einen regelmäßigen Quartalsbeitrag für besondere Zwecke. Bei gutem Willen lasse sich dieser Antrag leicht durchführen.

Sperl-Saßingen: Wenn etwas Durchgreifendes geschehen soll, dann muß der 10 Pf.-Wochenbeitrag eingeführt werden. Bisher habe man schon den Monatsbeitrag von 40 Pf.; in diesen Mitgliedschaften stöhe der Extraquartalsbeitrag auf Widerspruch. Man dürfe die Schwierigkeiten, mit welchen die kleinen Mitgliedschaften zu rechnen haben, nicht außer Betracht lassen. Trotz des Extrabeitrags müßten bei den Wahlen besondere Sammlungen vorgenommen werden.

Zink-Karlruhe wendet sich ebenfalls gegen die Erhebung eines Extrabeitrages. Es muß ein Beschluß gefaßt werden, der uns die Garantie bietet, daß mehr Mittel flüssig gemacht werden. Heute sollte ein Beitrag beschlossen werden, der den Bedürfnissen auf längere Zeit genügt; das ist der 10 Pf.-Wochenbeitrag, der in regulärer Weise der Landesklasse größere finanzielle Mittel zuführt, gleichzeitig aber auch den lokalen Vereinen und den Kreisen. Mannheim hätte mehr an die Landesklasse abführen müssen.

Marxhoff-Freiburg: Der Antrag des Landesvorstandes sei ein Fehlgriff gewesen. Wir müssen Extrabeiträge grundsätzlich ablehnen. Die Mitglieder in den kleinen Organisationsstellen auf dem Lande können den 10 Pf.-Wochenbeitrag ebenso gut leisten, wie die Arbeiter in der Stadt. Durch Einführung des 10 Pf.-Wochenbeitrages würden genügend Mittel flüssig gemacht. Wenn schon die Gewerkschaften Extrabeiträge schwer durchführen können, so ist das in der Partei noch weit schwieriger.

Engler-Freiburg. Meine in der Presse angefertigten Berechnungen stimmen. Es handelt sich nicht nur darum, der Landesklasse mehr Mittel zuzuführen, auch die Kreise und die Mitgliedschaften brauchen mehr Geld. (Sehr richtig.) Wir dürfen nicht vergessen, daß unsere Aufgaben wachsen, insbesondere auf dem Gebiete der Gemeindevahlen. Wenn wir den 10 Pf.-Wochenbeitrag einführen, verarmen wir den kleinen Mitgliedschaften den Weg zur besseren Finanzierung ihrer lokalen Kassen. Die kleinen Mitgliedschaften sind für die Agitation sehr nützlich. Bei den Ausgaben für Wahlen müssen in verschiedenen Kreisen Einschränkungen gemacht werden. Der Redner plädiert für die Annahme des Mannheimer Antrages bezw. für den des Landesvorstandes.

Flohr-Durlach: Was Engler gegen den 10 Pf.-Wochenbeitrag ausführt, trifft in noch höherem Maße auf den Extrabeitrag zu. Die Erfahrungen mit dem regulären Beitrag in den Gewerkschaften waren gute und sollten uns den Weg weisen, den wir in der Beitragsfrage zu gehen haben. Wenn einzelne Wahlkreise größere Kosten bei den Wahlen verursachen, so liegt das in den Verhältnissen. Wenn wir den 10 Pf.-Wochenbeitrag einführen, haben wir auf Jahre hinaus solche Verhältnisse. Ueber kurz oder lang wird dieser Beitrag einheitlich in der ganzen Partei zur Durchführung kommen.

Frau Geisler-Mannheim plädiert für Annahme des Mannheimer Antrages; für die Frauen sollte der bisherige Beitrag bestehen bleiben. Die Frauen sind die Finanzminister der Hausaltungen, die rechnen müssen, um mit dem Einkommen alles bestreiten zu können. Die Frauenagitation darf nicht durch eine Beitragserhöhung erschwert werden, denn in dieser Zeit der Lebensmittelerhöhung ist es ohnehin nicht leicht, allen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Müller-Karlruhe: Auch für die Agitation unter den Frauen braucht man Geld. Engler hätte als Parteisekretär nicht gegen den 10 Pf.-Wochenbeitrag sprechen sollen. (Sehr richtig.) Vor zwei Jahren haben die Mannheimer mit Drohungen gedroht, falls der Beitrag an die Landesklasse erhöht werden sollte. Sie hätten damals versprochen, die Landesklasse nach Kräften zu unterstützen. Das Vorgehen des Landesvorstandes fordere zum Protest heraus. Wollen wir größere Mittel flüssig machen, so müssen wir eben tiefer in die Tasche greifen. Der 10 Pf.-Wochenbeitrag wird sich besser einleben und mehr einbringen, als die Extrabeiträge, die abend ein Unrecht für diejenigen Mitgliedschaften sind, die jetzt schon höhere Beiträge haben. Die Genossen vom Lande mögen ihren Kleinmut begraben. Es müssen eben die Mitglieder über die Notwendigkeit der Beitragserhöhung aufgeklärt werden.

Strobel-Mannheim: Die Mannheimer Genossen haben ihre Verpflichtungen gegenüber der Landesklasse immer erfüllt. Sollte Mittelbesitz das gleiche geleistet, dann hätten wir heute nicht zu klagen. Mit dem 10 Pf.-Wochenbeitrag ist der Landesklasse nicht gedient. Der Antrag des Landesvorstandes ist der zweckmäßigste.

Müller-Berlin: Von allen Parteibeiträgen sind nach dem Leipziger Parteibeitragbeschlüssen 20 Prozent abzuliefern. Davon darf nichts abgezogen werden. Anders ist die Frage, wenn Extrabeiträge außer den laufenden und getrennt erhoben werden.

Es wird alsdann ein Schlufantrag angenommen, nachdem Prüfle-Reinow noch seinen Antrag auf den 30 Pfennig-Monatsbeitrag begründet hatte. — In seinem Schlusswort konstatiert Genosse Pahn, daß die Notwendigkeit, der Landesklasse mehr Mittel wie bisher zuzuführen, allgemein anerkannt worden sei. Es erfolgt die

Abstimmung.

Angenommen wird der Antrag des Landesvorstandes, pro Vierteljahr 20 Pf. Extrasteuer zu erheben und dem nächsten Parteitage eine Vorlage auf den 10 Pfennig-Wochenbeitrag vorzulegen. Eine entsprechende Begründung ist den Kreisvertrauensleuten rechtzeitig zuzustellen. Alle anderen Anträge werden abgelehnt.

Der internationale Kongreß in Kopenhagen.

Darüber referiert Strobel-Mannheim. Er gibt die Tagesordnung des Kongresses bekannt und teilt mit, daß Baden auf zwei Delegierte Anspruch habe. Es wird beschlossen, nur einen Delegierten zu entsenden. Als solcher wird Genosse Kalk gewählt.

Der Punkt 8: Konferenz der Gemeindevorteiler, wird wegen der vorgerückten Zeit von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Anträge Lahr: Der 6. Wahlkreis ist dem mittelbadischen Sekretariat anzuschließen und der Sitz des Sekretärs ist von Karlruhe nach Lahr zu verlegen, sich den nicht die genügende Unterstützung, weshalb über sie nicht verhandelt werden konnte.

Gen. Marxhoff-Freiburg rügt noch, daß häufig die einer Stadt einberufenen Vororte niedrigerer Beiträge zahlen, wie sie für die betreffende Stadt üblich sind; er bittet um Abhilfe. Die Antragung wird den Kreisvertrauensleuten zur Beachtung überwiesen.

Während der Nachmittags-Sitzung hatte man sich in Berlin telefonisch nach dem Schicksal des „Trepptower Spazierganges“ erkundigt. Als Dr. Franz mitteilte, daß die Berliner Parteigenossen die Polizei irregeführt hätten und anstatt nach Trepptow nach dem Berliner Tiergarten in der Zahl von etwa 150 000 gewandert seien, wurde diese Mitteilung mit großem Beifall aufgenommen. (Siehe 1. Seite.)

Die Arbeiten des Parteitages waren damit erledigt. Der Vorsitzende Dr. Franz warf noch einen kurzen Blick auf die Verhandlungen, betonte den sachlichen Verlauf und schloß um 6 Uhr mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie den außerordentlichen Parteitag.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 5. März.

Die Beratung des Etats des Innern

wird bei den einmaligen Ausgaben fortgesetzt.

Abg. Trendl (Sp.) erbittet die Erhöhung des Zuschusses zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit.

Abg. Jietzsch (Soz.) schließt sich dem Vorredner an.

Abg. Nächsthosen (Lanf.) äußert sich in dem gleichen Sinne, ebenso die Abg. Wassermann (natl.), Doormann (fr. Sp.), Doppersdorf (Zentz.).

Staatssekretär Desbrück: Es erscheint zweifelhaft, ob es angebracht ist, ein Staats- oder Reichsinstitut zu schaffen oder ob nicht ein selbstständiges privates Institut dazu besser geeignet ist, in das allerdings Reich und Staat einen gewissen Einblick haben müssen.

Damit schließt diese Erörterung. Die Abstimmung über die Resolution Wassermann soll erst bei der dritten Beratung erfolgen.

Abg. Müller-Meinungen (fr. Sp.): Ich bin beauftragt, namens der Stadt München den Dank für die selbstlose Unterstützung auszusprechen, welche das Reich und die Einzelstaaten dem deutschen Museum in München haben zuteil werden lassen. Bei dem Titel zur

Förderung der Erforschung und Bekämpfung der Tuberkulose erörtert Abg. Jietzsch (Soz.) eingehend, wie außerordentlich die Tuberkulose unter den Porzellanarbeitern wüthet.

Bei dem Titel 80 000 Mk. Kosten der Beteiligung des Reiches an der internationalen Kunstausstellung in Rom im Jahre 1911 befragt

Abg. Liebermann (w. Bg.) eine Resolution dahin, daß bei der Beschaffung dieser Ausstellung die Auswahl der auszustellenden Kunstwerke in die Hände einer Jury gelegt werde, die aus den Vertretern der großen Kunstverbände in angemessener Weise zusammengesetzt sei.

Staatssekretär Desbrück: Ich muß dringend warnen vor Annahme der Resolution. Mit Rücksicht auf den rein repräsentativen Charakter der Ausstellung sehen wir uns genötigt, das ganze Arrangement in eine Form zu bringen und zwar in ein Komitee, dem als Präsident Professor Rämpf von der Berliner Kunstakademie und als Mitglieder die angesehensten Vertreter der Akademien in Düsseldorf, München, Dresden, Stuttgart

und Karlsruhe angehören. Die Namen derselben hängen für volle Objektivität.

Abg. v. Hertling und Abg. Kirck (Zentz.) warnen vor der Resolution.

Abg. Säbikum (Soz.).

Der sozialdemokratische Kunstfachverständige, widerspricht Herrn v. Hertlings Ansicht. Man solle warten, bis sich die Künstler selbst einigten, wohl im richtigen Gefühl, daß man da ein bißchen zu lange warten könnte. Aber er greift auch mit scharfem Finger in die Wunde, über die der Zentrumsredner nur leise geflagt hatte: Es ist ein Glück, ruft er, daß der verortete Kirchenstaat einem modernen Staatsgebilde Platz machte. Darauf antwortete dann vom Zentrum niemand mehr, nur der akademische Maler des Hauses, der antisemitische Abg. Binderwald, setzte sich noch für die Resolution ein, die aber bei der Abstimmung nur ganz wenig Stimmen auf sich vereinte.

Hierauf wird die Resolution von Liebermann abgelehnt.

Bei dem Ausgabebetitel zur

Förderung der Herstellung geeigneter kleiner Wohnungen für Arbeiter

und gering besoldete Beamte in den Betrieben und Betriebsanstalten des Reiches, 2 Millionen, äußert sich Abg. Jäger (Ztr.) zustimmend.

Abg. Weber (natl.): Wir bedauern, daß diesmal nur zwei Millionen eingestellt sind für diesen Zweck gegenüber vier im vorigen Jahre.

Abg. Säbikum (Soz.): Die Verminderung gerade dieses Fonds von 4 auf 2 Millionen macht doch im Volke einen schlechten Eindruck.

Staatssekretär Desbrück: Ich habe die Erfahrung gemacht, daß in den letzten Jahren tatsächlich nicht mehr als 2 Millionen ausgegeben zu werden brauchten. Jedenfalls werde ich stets dafür sorgen, daß in Zukunft dem Wohnungsbedarf in dem es sich zeigt, genügt wird. Eine Denkschrift über das Erbaurecht hoffe ich noch im Laufe dieses Jahres vorlegen zu können.

Abg. Dove (fr. Bg.): Wir stimmen dem Wunsche nach einer Wiedererhöhung des Fonds durchaus zu.

Abg. Erzberger (Zentrum): Grundsätzlich helfen kann nur ein Reichs-Wohnungsgelei

Damit schließt die Erörterung. Der Titel wird genehmigt. Bei der Position von 21 Millionen, vierte Rate, zur

Erweiterung des Kaiser Wilhelm-Kanals

plädiert Abg. Dörfel (natl.) für realistischere und billigere Entschädigung an die durch die Kanal-Erweiterung benachteiligten Interessenten.

Damit ist der Etat des Reichsamtes des Innern erledigt.

Es folgt der Marine-Etat, zunächst der Titel

Staatssekretär.

Abg. Graf Doppersdorf (Zentrum): Wir wünschen, daß der Reichsfinanzsekretär seinen Namen gerade auf den Marine-Etat halte. Sache der Diplomatie wäre es eigentlich, zu erwägen, ob und wie durch eine Veräußerung dem verderblichen Weltkriege ein Ende gemacht werden kann.

Staatssekretär Tirpitz: Wenn wir eine Marine haben wollen, die Bedeutung hat, so müssen eben die Kosten so steigen, wie wir es vorge schlagen haben. Auch die Zahl unserer höheren Beamten ist keine zu hohe. Daß wir die besten Abkömmlinge haben unter Personal kaufmännisch auszubilden, das habe ich schon in der Kommission gesagt. Wir haben alles nur Mögliches getan, um eine Konkurrenz gegen Strupp zu erzeugen. Den Vorwurf, daß wir ein Monopol begünstigen, kann Graf Doppersdorf jedenfalls nicht aufrecht erhalten.

Abg. Hans Esler zu Buttlich (Lanf.): Das Flottenprogramm, dem wir zugestimmt haben, ist ein Derartiges, daß es für absehbare Zeit diejenigen Garantien bietet, die wir brauchen.

Abg. Dr. Semler (natl.) fordert eine technische Kommission, die in Marinebereichen unter den Offizieren arbeitet. Alle Verkehrsbeamten sollten kaufmännisch vorgebildet werden. Redner bringt dann Beamteneinsprüche vor und behauptet die letzten Arbeiter-Wahlregelungen in Wilhelmshafen.

Abg. Leonhardt (fr. Sp.): Zu England wollen wir ein gutes Verh. Inis. Offentlich gelangen wir 1916 zu einer gewissen Beherrschung beim Flottenbau. Der Ober-Werftdirektor in Kiel hat eine Unternehmung eingeleitet, welche von seinen 6 amten Beziehungen zu Abgeordneten unterhalten. (Süßl. hört! laut und rechts.) Wir verbiten uns solche Schmeicheleien.

Staatssekretär Tirpitz: Von mir aus ist keinerlei Anordnung an die Werk in Kiel ergangen, die Beamten am Verkeh mit Abgeordneten zu hindern.

Abg. Säbikum (Soz.):

Wenn es dem Staatssekretär des Reichsmarinamts nicht gelinst, Aufklärung zu geben über alle Punkte, die von der Justiz angegriffen sind, so muß er seinen Platz verlassen. Der Staatssekretär hat aber nicht alles aufgeklärt. Der Staatssekretär erklärt, er habe bei der Firma Eschhardt ein Geheiß bestellt, sie habe aber keines geliefert. Ja, das ist doch nicht der richtige Weg. Wenn die Firma keine Sicherheit hat, daß sie mehr Geheiß liefern kann, wird sie sich doch darauf nicht einlassen. Die Marine ist Schuld an den Finanznöten des Reiches. Durch diese hohe Ausgabe ist unsere Sozialpolitik verdoert. Unsere Flottenpolitik war die Ursache der Verstimmung zwischen den Völkern, insbesondere die Ursache der Mißstimmung gegen uns in England. Alles hat seine Zeit. Die Flottenpolitik war unheilvoll für unser Volk. (Der Reichsfinanzminister erhebt im Saal.) Wir müssen uns in der Zahl unserer Schiffe beschränken. Der Flottenenthusiasmus geht zu weit. Schließlich wird auch die Offiziersnieder gestrichelt, damit die Schiffsbreien Platz haben (Heiterkeit.) Deutschland ist eine Landmacht, auch die Entscheidung über unsere Kolonialpolitik fällt nicht auf der See, sondern zu Lande. Rußland ist zusammengebrochen, weil sein Heer verfaul war. Das Jarenregiment ist daran schuld. Wenn in Preußen die Reaktion so weitergeht, dann gefährden Sie auch den letzten Rest der Hoffnung, daß Sie dieses Volk einmal für Ihre Interessen in flammieren können. (Der Präsident unterbricht: Das gehört nicht zum Flottenetat!) Wenn wir mit unserer Marinepolitik so fortfahren, können wir aus der Schuldenwirtschaft nicht mehr heraus. Wir müssen die Marine aber zu einer Spezialwaffe herunterrüden, sie hat nicht selbständigen Rang. Diesem System beivilligen wir keinen Mann und keinen Groschen. (Bravol links.)

Reichsfinanzler Bethmann-Hollweg: Durch unser Flottengelei ist jedermann bekannt, was und in welchem Zeitraum wir bauen. Auch England ist bekannt, daß wir nur den Frieden wollen. Ich kann also auch nicht einsehen, wie das unser freundschaftliches Verhältnis zu England sollte stören können.

Abg. Erzberger (Zentz.): Wir stimmen dem Reichsfinanzler darin bei, daß die Flotte nur zum Schutze da ist. (Der Reichsfinanzler verläßt den Saal.) Redner behauptet dann, es glaubten viele Beamten zu wissen, daß kontrolliert werde, ob ein Beamter mit dem einen oder anderen Abgeordneten in Beziehungen stehe.

Staatssekretär von Tirpitz gibt zu, daß das Zulagenwesen mit den Jahren unübersichtlich geworden sei und geht auf ein

Seine Beschwerden des Vorredners ein. In Bezug auf Mißhandlungen an Bord stehe unsere Marine sehr günstig da, denn Mißhandlungen an Bord seien bei uns nicht Sitte. (Beifall links und im Zentrum.) Eine Konkurrenz für Krupp würde auch er selbst dankbar begrüßen.

Gewerkschaftliches.

Verbandsrat der Brauereiarbeiter. Wie in Nr. 6 der „Brauereiarbeiter-Zeitung“ bekannt gegeben wurde, findet der 17. Verbandstag des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgruppen am 7. Juni und folgende Tage im Gewerkschaftshaus in Berlin statt. Die Wahl der Delegierten erfolgt für den gesamten Verband am Sonntag, 10. April in der Zeit von vormittags 10 Uhr bis abends 8 Uhr in den von dem jeweiligen Bezirksvorstand bestimmten Wahllokalen.

Von den Verhandlungen im Holzgewerbe. Die Verhandlungen der Ortsvertreter im Beisein von Abgeordneten der Zentralverbände werden gegenwärtig in Berlin noch fortgesetzt. Neben den endgültigen Ausgang der Bewegung läßt sich auch heute noch nichts Bestimmtes sagen, doch kann ausgesprochen werden, daß die Spannung ein klein wenig nachgelassen hat. Es ist nämlich in Bezug auf die Lohnfrage und Vergrößerung der Arbeitszeit für eine Anzahl Städte eine vorläufige Verständigung zwischen den Vertretern der Ortsparteien erzielt. Es sind dieses die Städte: Leipzig, Köln, Peitz, Oldenburg, Rüneburg, Götlich, Königsberg, Rendsburg, Göttingen, Greifswald, Spandau, Weitzen, Kattowitz, Königshütte, Quedlinburg und Starogard i. P. Für eine größere Anzahl dieser Orte ist auch wegen der übrigen Streitpunkte eine Einigung erzielt. Allerdings müssen dann die Verhandlungen an den einzelnen Orten zu dem Ergebnis der Verhandlungen noch Stellung nehmen.

Gärung unter den Gelben. In Anfang dieser Woche hatte die Verwaltungsstelle Augsburg des Deutschen Metallarbeiterverbandes nach dem Sozialbau eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung einberufen, die sich zu einer gewaltigen Demonstration gegen den von den Augsburger Unternehmern auf die Arbeiter ausgeübten Terrorismus gestaltete. Mehr als 8000 Metallarbeiter, darunter mehr als die Hälfte Gelbe waren erschienen und spendeten den Rednern förmlichen Beifall. Als Thema war: „Die Arbeitsverhältnisse der Maschinenfabrik Nürnberg in den Werken Nürnberg, Gussfabrik und Augsburg“ festgesetzt. Zahlmäßig konnte nachgewiesen werden, daß im Gegensatz zu anderen Werken, in Augsburg, dem Sitze der gelben Bewegung, die schlechtesten Lohn- und Arbeitsverhältnisse herrschen und daß die Erfolge der gelben Organisation in unzulänglicher Behandlung und Lohnreduktionen — innerhalb eines Jahres wurden die Löhne für Arbeiterarbeiten bis zu 80 Prozent reduziert — bestehen. Die Aufforderung an die Gelben, aus der gelben Bewegung aus- und in den deutschen Metallarbeiterverband einzutreten, wurde mit lauem Bravo aufgenommen.

Ein tägliches Arbeiterblatt in Australien. In Australien erscheinen eine Reihe sozialistischer Zeitungen und Arbeiterzeitungen, doch alle nur wöchentlich oder in noch längeren Zwischenräumen. Und sogar diese führten früher meist ein bescheidenes Dasein, solange die große Masse der Arbeiterschaft völlig indifferent war oder aber sich durch eine elende Kompromisspolitik mit ihr und da von den anderen Parteien aufzustehen Konzeptionen zufrieden gab. Die rapide industrielle Entwicklung Australiens, die sogar schon zu drückender und ständiger Arbeitslosigkeit in manchen Bezirken geführt hat, die immer schroffer werdenden Klassengegensätze und nicht zuletzt das kürzlich erlassene Anwerbengesetz gegen die Gewerkschaften haben weite Kreise der Arbeiterschaft ihrer Massenbewegung zugeführt. Das hat auch das alte Projekt der Tageszeitung wieder belebt und viel schneller, als erwartet werden konnte, der Verwirklichung nahe gebracht. Hierzu hat vor allem auch der große Bergarbeiterverband beigetragen, bei dem sich das Fehlen eines solchen Organes recht fühlbar machte, um die täglich neu erfundenen Schwindel- nachrichten der kapitalistischen Presse zu widerlegen und zu verhindern. Die „Australian Workers Union“ hat durch Umstimmung mit 20 000 gegen 11 618 Stimmen beschlossen, einen jährlichen Beitrag von 10 M. für ungelernete Arbeiter und 20 M. für gelehrte Arbeiter zu erheben zur Gründung und Unterhaltung einer täglichen Gewerkschaftszeitung.

Kommunalpolitik.

Neue Einnahmequellen. Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich am Donnerstag mit einem Antrag auf Einführung einer Wertzuwachssteuer. Der Magistrat hatte der Versammlung in einer früheren Sitzung eine Vorlage unterbreitet, die aber einem Auspruch überwiegen worden war. In mehreren Sitzungen hat der Ausschuss die Vorlage beraten und verschiedene Verbesserungen vorgenommen. Der Ertrag der Wertzuwachssteuer ist mit 550 000 M. in den Etat eingestellt worden. Die Versammlung erklärte sich im allgemeinen mit der abgeänderten Vorlage einverstanden. Unser Fraktionsredner, Genosse Heimann, hielt zwar die geforderten Sätze für viel zu niedrig, gab aber doch seine Zustimmung zu den Ausschussbeschlüssen. Für die Einzelbestimmungen der Vorlage lehnte unser Vertreter jede Verantwortung ab. Wegen die Steuer sprachen nur 2 Vertreter der Bau- und Grundstückspekulanten, die aber nicht verhindern konnten, daß bei der en bloc-Abstimmung die Vorlage fast einstimmig angenommen wurde.

In der Nachbarschaft Rixdorf wurde am gleichen Tage mit 37 gegen 32 Stimmen beschlossen, eine Wertzuwachssteuer einzuführen. Dafür stimmten die Sozialdemokraten und die neue bürgerliche Fraktion, während die alte bürgerliche Fraktion den Antrag ablehnte. Die Einnahmen aus der neuen Steuer sind auf 150 000 M. veranschlagt.

In derselben Sitzung wurde eine vom Magistrat eingebrachte Schankkonzessionssteuer-Vorlage mit 24 gegen 40 Stimmen abgelehnt.

Gaggenau, 5. März. Dienstag, 1. März, fand hier eine Versammlung der Bürger und hinführenden Wähler für die Bürgerausschusswahlen statt, einberufen für die Wähler der dritten Klasse, die auch von Wählern der ersten und zweiten Klasse sehr gut besucht war.

Der Hauptpunkt der Tagesordnung war ein Vortrag: „Die Aufgaben der Gemeindevertreter im Bürgerausschuss“. Hierzu hatte Stadtverordneter und Landtagsabgeordneter Gen. Willi aus Karlsruhe das Referat übernommen. In klarer sachlicher Weise führte er die Versammelten durch das Gebiet der Sozialpolitik in der Gemeinde. Er besprach das Verwaltungs-

Krankentassen-, Schulwesen, Rechtspflege, Weg- und Straßenanlagen, die Sozialfürsorge usw. und wies so auf die mangelhaften Zustände hin, an denen das Leben der Arbeiter in der Gemeinde krank. Reicher Beifall durchbrauste den gefüllten Saal, als der Redner geendet hatte. In der Diskussion, die sehr frohlich geführt wurde, ergriff zuerst Direktor Stein das Wort und äußerte sich über die mangelhafte Beleuchtung dahin, daß an diesem Projekt schon einige Jahre gearbeitet wurde, sich aber bis jetzt nicht praktisch lösen wollte. Auch mag mancher unserer Stadtväter, die bis jetzt soziale Fragen in der Gemeinde sehr engherzig behandelten, bei den Ausführungen des Referenten einige Bewußtseinsrisse gefühlt haben; hoffen wir, daß sie in Zukunft etwas fortschrittlicher gesinnt werden. Auch die Wähler mögen bei der Wahl fortschrittliche Gesinnung zum Ausdruck bringen.

Singen (Amt Durlach), 4. März. Bei der heute Abend von 6-8 Uhr stattgehabten Gemeinderatswahl wurde unser Genosse G. Hoffmann mit 76 Stimmen gewählt. Gen. Kunzmann unterlag mit 64 Stimmen gegen den konservativen Kandidaten Seemann, der 68 Stimmen erhielt. Als dritter wurde der demokratische Kandidat Schneider mit 73 Stimmen gewählt, welcher als Kompromißkandidat von uns unterstützt wurde. Von 165 Wahlberechtigten stimmten 141 ab.

Waldfisch, 5. März. Die von Zentrumseite beliebte Wahl-anfechtung gegen die nur teilweise durch den Bezirksausschuss bestätigte Wahl der dritten Wählerklasse kommt am 8. März vor dem Verwaltungsgerichtshof zur Entscheidung und wird wahrscheinlich mit einer Abweisung enden, da diese Beschlüsse in gleichen Fällen schon wiederholt in diesem Sinne entschieden hat. Gleichzeitig mit der Verhandlung in Karlsruhe, der die neuen Bürgerausschüsse folgen, beginnen in der katholischen Kirche in Waldfisch populär-wissenschaftliche Vorträge, gehalten von Herrn Freiherrn v. Kästner, Cooperator in Basel. Wir sind gespannt, ob die Religion auch auf dem Rathaus in Gefahr ist.

Badische Chronik.

Entlingen.

Zur Schloßfrage. Der Ankauf des Entlinger Schlosses durch die Gemeinde ist in ein neues Stadium getreten. Eine Deputation, bestehend aus dem Bürgermeister Herrn Dr. Hofner, den Gemeinderäten Wühl und Rittinger, haben sich nach Berlin begeben, um beim Kriegsministerium vorstellig zu werden. Unseres Wissens wird von diesem bei Erhaltung der Anteroffizierschule verlangt, daß die Stadt das bisherige Anwesen (das Schloß) käuflich übernimmt und für das neu zu erhaltende Anwesen den Platz unentgeltlich abgibt, eventuell auch gegen Vergütung der Kaufsumme den Neubau erstellt. Was aus dem Projekt werden wird, läßt sich jetzt noch nicht sagen.

Bei dieser Gelegenheit ist es wohl angebracht, einen kleinen Rückblick auf die Geschichte des alten Schlosses zu werfen.

An Stelle des jetzigen Schlosses stand früher ein Wälderschlößchen. Doch scheinen hier zeitweise badische Markgrafen residiert zu haben. Eine Urkunde vom Jahre 1471 besagt: „Das „Markgrafen-Haus“ Entlingen, samt allem was darin ist von den aufrührerischen Bauern verbrannt worden sei.“ Am die Mitte des 16. Jahrhunderts wurde das Schloß von Grund auf neu gebaut. Die Kosten trugen Herrschaft, Landstände und Stadt gemeinschaftlich. In den Forderungen des 1688er Landtages ist eine Summe für das „Markgrafen-Haus“ zu Entlingen eingestellt. 1671 ließ Markgraf Philipp bezug, dessen Vormünder, vom Spital zu Baden 2000 fl., um damit einen Teil der 1600 fl. abzutragen, welche die Stadt zum Schloßbau aufgenommen hat. Ein Lagerbuchauszug vom 1679 bestimmt: „Das Schloß gehört der Herrschaft Baden eigen. Die Stadt wird verpflichtet. Alle Reparaturen, also Material sowie die Ausführung der Arbeit im Fond zu machen“. 1729-32 kaufte die Markgräfin Sibylla 12 Grundstücke im Bezirge von 7000 fl. leibhaftig erste die Herrschaft eine Vergrößerung des Schlosses, sowie der Güter. Im 17. Jahrhundert diente das Schloß den Entlinger Oberbögeln als Wohnung. Bemerkenswert ist ein Befehlsbrief vom Jahre 1646, der enthält: „Daß der Oberboog das Recht hat, die Unterthanen des ganzen Amtes zu Hand-, Fuhr- und Pflugstronen zu zwingen“. Im 17. Jahrhundert waren beide Türme des Schlosses mit Wächtern besetzt. Eine Bürgermeisterrückmeldung von 1688 weist nach, daß ein Wächter 30 fl. Jahresgehalt hatte, nebst einem Ader, der sogenannten Turmader. 1689 brannten beide Türme nieder, doch blieb die Wache bestehen, sie wurde in eine Schloßwache umgewandelt. Diese bestand aus drei Bürgern und einem Korporal. Auf Witten der Stadt wurde die Wache im Jahre 1787 abgeschafft. Nach der teilweisen Zerstörung von 1689 wurde das Schloß sehr luxuriös ausgebaut. Von den Freskomalereien und Stuckaturen arbeiten der Italiener Kolumba und Rotti ist wenig mehr erhalten. 1738 erbaute die Markgräfin Sibylla die Schloßkirche: sie kostete 6000 fl., dafür hatte ein Priester täglich eine Messe zu lesen. 1736 wurden drei Franziskaner angeheilt, welche im Franziskanerhospital Wohnung erhielten, dem jetzigen Kloster. Im 18. Jahrhundert diente das Schloß als Lazarett, Kirche, Werkstatt und Kaserne. 1873 wurde eine Unteroffizierschule errichtet.

Offenburg.

Nachmals der Milchausschlag. Dem „Volksfreund“ wird aus Milchgämlertreisen von hier geschrieben, daß die Ausführungen über den Milchausschlag in Nr. 41 dieses Blattes nicht der Sachlage entsprechen. Dazu ist zu bemerken, daß das ganze Material nur von Milchgämlern stammt und kein Zota davon zurückzunehmen ist. Die Milchgämler schreiben von einer Versammlung der Bauern bei Rundingen. Wie war aber eigentlich jene Versammlung zusammengesetzt? Davon schreiben sie nichts. Auf den Ausschlag der paar Bauern hatten die Händler nichts Siligeres zu tun, als sofort den Milchausschlag mit 22 Pf. pro Liter zu proklamieren. Die Händler hätten den Ausschlag der Altenheimer Bauern nicht ohne weiteres hinnehmen sollen, da ihnen in allen umliegenden Orten, selbst bis Achern hinunter, die Bauern nicht ausflügen. Es ist deshalb nicht wahr, wenn behauptet wird, daß auch in den umliegenden Orten seitens der Bauern ein Ausschlag von 2 und 3 Pf. erfolgte. Erst nach dem Ausschlag der Händler geben diese den Bauern 1 und 2 Pf. pro Maß mehr, aber nicht 2 und 3 Pf., wie behauptet wird. Wenn die Händler dann weiter schreiben: „Die Milchgämler konnten nicht anders“, so ist das auch unrichtig, denn es gibt jetzt noch Händler, die an Konsumenten, das Liter Milch für 19 Pf. abgeben. Andere Konsumenten, die den erhöhten Preis zahlen und Milch vom Kartell beziehen wollten, hatte man sie um den bisherigen Preis belassen. Viele Konsumenten, die den Ausschlag nicht billigten, zahlten nur

21 Pf. Nur von den ganz Dummen verlangt man 22 Pf. Auch die Milch für die Armen wird zu 20 Pf. geliefert. Schreiber ist der Ansicht, die Händler hätten ganz gut den Ausschlag verhindern können, wenn sie nur gewollt hätten. Das beweisen auch die obigen unterschiedlichen Preise.

Weinmarkt. Der am nächsten Dienstag den 8. d. Mts. hier stattfindende Weinmarkt wird zahlreicher besucht, als erwartet werden konnte, denn es sind angemeldet: aus der Ortenau 889 Hektoliter Rotwein, 1872 Hektoliter Weißherbst, 530 Hektoliter Riesling, 94 Hektoliter Müller, 251 Hektoliter Rüngelberger und 226 Hektoliter Weißwein, außerdem 385 Hektoliter aus den Gebieten von Achern und Bühl, 1125 Hektoliter Kaiserstuhl und 162 Hektoliter Markgräfler. Das Gesamtangebot mit 5387 Hektoliter besteht zum Teil aus neuen Weinen, zum überwiegenden Teil sind es ältere Jahrgänge, tobat Kauflehaber auch dieses Jahr wieder reichliche Auswahl vorfinden. Die fertiggestellten Ausstellungserzeugnisse sind bereits zum Versand gekommen und stehen auf Wunsch auch solchen Interessenten zur Verfügung, die dabei keine Berücksichtigung gesunden haben.

Singen a. H.

Prozess Auf-Beeser. Unter ungeheurem Andrang wurden am Samstag die Verteidigungslagen des Stadtpfarrers Auf gegen Redakteur Beeser verhandelt. Die Verhandlung, zu welcher ein umfangreicher Zeugenapparat aufgeboden war, dauerte von morgens 9 Uhr bis abends 10 Uhr und bot physiologische Momente genug, daß es sich lohnt, in einem längeren Artikel darauf zurückzukommen. Nach 19stündiger Verhandlung kam man dann zu einem Vergleich, laut welchem auf beiden Seiten die beleidigenden Angriffe mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen werden und dem Beklagten, Herrn Redakteur Beeser, die gesamten Kosten zugewilligt werden. Ein ausführlicher Bericht folgt.

Daglanden, 5. März. Am 14. Januar beurteilte das hiesige Schöffengericht den Kaufmann Wilhelm Kutterer aus Daglanden wegen Widerstands mit 10 M. Geldstrafe. Der Angeklagte rekurrierte gegen dieses Erkenntnis an die Strafkammer und zwar mit Erfolg, denn diese sprach ihn frei.

Beingarten, 5. März. Verschiedene Straftaten führten den 21 Jahre alten Mechaniker Johann Friedrich Kläiber aus Beingarten vor die Strafkammer in Karlsruhe. Er war der Urkundenfälschung, des Betrugs, der Unterschlagung und der unerlaubten Auspielung angeklagt. Kläiber hatte sich im Mai vorigen Jahres in Durlach bei dem Mechaniker Schermer zwei Fahrräder erkschwunden, indem er unter falschem Namen die Räder auf Abzahlung kaufte und den Kaufvertrag über diesen Kaufabschluß mit dem falschen Namen unterzeichnete. Obwohl nach den Bedingungen dieses Vertrages die Fahrräder bis zur letzten Ratenzahlung Eigentum der Verkäufer blieben, veräußerte der Angeklagte sie schon anfangs Juni in seinem Nutzen. Das eine Rad verkaufte er und mit dem anderen veranfaßte er in Durlach, ohne dazu die obrigkeitliche Erlaubnis zu besitzen, eine Auslosung. Für all diese Straftaten erhielt Kläiber heute 13 Monate und 1 Woche Gefängnis, abzüglich 1 Monat 1 Woche Untersuchungshaft.

Wiltshüt, 5. März. Ein Vorkommnis, das sich vor wenigen Wochen hier abspielte, zeigt in bengalischer Beleuchtung, wie die Anwendung der Lehre des großen Nagareners und ideoen Menschenfreundes den Armen und Bedrückten gegenüber in der Praxis gelbt wird. Der Tagelöhner K. von hier, ein nüchternen Bürger, hat schon jahrelang mit seiner Ehefrau seinen kleinen Hausstand ehrlich und redlich durchgebracht, nebenbei bemerkt mit fünf Kindern. Durch unverschuldetes Unglück und die letzten Mißjahre kam derselbe dieses Jahr in Zahlungsschwierigkeiten, er konnte die Pachtgänsse auf den üblichen Termin nicht bezahlen. Ein Gläubiger nahm darauf Veranlassung, nachdem K. den Ertrag seiner Tabakerte in der Tasche hatte, gleich am anderen Morgen, noch bei Nacht, sein Guthaben zu fordern und wurde demselben der Betrag anstandslos verabschlagt. Am gleichen Tage nachts zwischen 6 und 8 Uhr kamen dann andere Gläubiger und brachten es fertig, daß K. sich nötigen ließ, seine Fahrnisse an die Gläubiger abzugeben, damit dieselben befriedigt waren. Schon die Tatsache, daß man dies alles nachts vornahm, läßt darauf schließen, daß man sich doch geschämt hätte, diese „christliche“ Geldentat bei hellem Tage zu vollbringen; es sollte jedenfalls ganz stillschweigend hergehen; doch die nächsten Nachbarn und Bewohner der Straße wurden darauf aufmerksam und man hörte gerade keine anerkennenswerten Worte für die Vollbringer dieser Tat. Die drei jungen Käuferhweine, welche man hinten herum (es sei hier bemerkt, daß die meisten Fahrnisse hinter den Häusern über die Wiesen transportiert wurden, wahrscheinlich, um jedes Geräusch zu vermeiden), zum Fenster eines Nachbarn hineinverfrachtete, erhoben ein fürchterliches Geschrei und führte zur Aufmerksamkeits. Es war traurig, mit anzusehen, wie Pferd, Kuh, Wagen, Kutsche u. a. m. bei stöckfinsterner Nacht aus der Behausung des K. fortgeschafft wurden.

K. ist natürlicherweise jetzt der Geschädigte, moralisch wie materiell. Seine Fahrnisse, Vieh und Feldprodukte, die er mühsam allmählich zusammengesammelt und die zu seinem ferneren Fortkommen absolut notwendig gewesen wären, hat er in seiner Herzensangst meist unter dem realen Wert veräußert. Schamlos muß es genannt werden, die Notlage eines armen Mannes noch zum eigenen Vorteil auszunutzen. Hat doch ein Gläubiger, welcher die Didrüben sich aneignete, der Ehefrau gegenüber geäußert, in solchem Falle (also in dieser Not) könne man dieselben etwas billiger geben, nachdem er für den Zentner nur 80 Pf. geben wollte und nur auf energisches Vorhalten der Ehefrau K. ließ sich derselbe herbei, 90 Pf. zu bezahlen. Gewogen wurden dieselben nicht, wie es bei realen Geschäften üblich ist, sondern oberflächlich pro Kopf berechnet. Das Robelle an der Sache ist, daß der nächste Nachbar und angeblich gute Freund und Berater einen Teil der Gläubiger des K. aufforderte, ohne dazu beauftragt zu sein, Fahrnisse und Produkte zu holen, damit am anderen Morgen die Platte gepußt ist, wie er sich ausdrückte. Eine lobenswerte Ausnahme machte in dieser Affäre die arme Witwe D., welcher K. noch den Pacht schuldete; sie erklärte Dritten gegenüber: „Nein, K. drohe ich nicht mit Zwang, er hat mir bis jetzt jedesmal den Pacht redlich bezahlt und ich warte, bis er in der Lage ist, seinen Verpflichtungen nachzukommen.“ Gut ab davor!

Bemerkenswert ist, daß die Bedrücker des armen Teufels sich zu den „guten Frommen“ rechnen.

Vom Schwarzwald, 5. März. Nach Berichten von verschiedenen Seiten und Orten des Schwarzwalds hat das Uffren. geschäft etwas angezogen; besonders scheint dies in England zuzutreffen, von wo aus in letzter Zeit bei einer Reihe von Uffren-fabriren bedeutende Bestellungen eingelaufen sein sollen. Eigentliches Lager soll drüben keines vorhanden sein. Auch in den Fabriren sind nur kleine Vorräte fertiger Waren vorhanden.

Waldbird, 5. März. Der Gesangverein „Liedertranz“ benötigte einen Dirigenten und stellte Herrn Musiklehrer Hornauer von Waldbird an. Da passierte plötzlich ein Malheur. Sittlichkeitsvergehen und Verbrechen sind bei uns im frommen Elend nicht so selten und es geschah auch, daß der 70jährige Dirigent der „Eintracht“ unter dem Verdachte wegen Vergehens gegen § 176 Z. 3 verhaftet wurde. Also mußte Herr Hornauer einspringen; aber schon in der ersten Singstunde stellte man ihn vor die Alternative: „Entweder den Kantaballe-Verein „Eintracht“ oder den Arbeitergesangverein „Liedertranz“. Der Vorstand der „Eintracht“, Herr Kaufmann E. Harbrecht, meinte, Herr Hornauer möge sich die Sache gut überlegen und Herr Hornauer trat, jedenfalls im Interesse seines Geschäfts — er gibt Musikstunden und ist auf die besseren Kreise angewiesen — dem Ansinnen bei und sagte dem „Liedertranz“ wieder ab.

Der Fall ist stypisch genug, um den Arbeitern die Augen zu öffnen. In dem sogenannten besseren Gesangverein darf der Dirigent am Donnerstag nicht dirigieren, weil er am Dienstag mit Arbeitern zusammen war; er könnte ja noch nach Arbeiterscheißer riechen. Aber das Geld von den Arbeitern nimmt der Hauptmotor der Sache, Herr Kaufmann Harbrecht, dies riecht offenbar nicht. Ob aber die Arbeiter, auch gleichzeitig eingehend der Stadtmusikaffäre, sich nicht an ihr eigenes Schicksal, das ist eine andere Frage, die sich jeder überlegen sollte.

Es ist ungefähr ein Jahr her, daß wir im „Vollstrecker“ Stellung gegen die Anstellung eines zweiten Musiklehrers nahmen, weil wir eben wußten, daß es sich bloß darum handelte, für die „Eintracht“ einen Musikdirigenten als Ersatz für den bejahrten Mann zu bekommen. Dieser Fall kam gerade noch vor der Bürgermeisterversammlung, um bei der Voranschlagsberatung hierüber ein Wort mitzusprechen. Arbeiter, sagt, daß bei der Nachwahl unsere Kandidaten gewählt werden, damit gegen die parteiische Vereinstreue angelämpft werden kann. Nicht aber auch auf andere Art eure Konsequenzen: Heraus aus den bürgerlichen Vereinen, hinein in den Arbeitergesangverein, Gewerkschaften und Partei.

s. Waldbird, 6. März. In Simonswald verunglückte beim Holzfällen der 40 Jahre alte Holzmacher Friedrich Weber. In das hiesige Spital verbracht, starb er kurz nach der Einlieferung.

s. Bestingen (A. Mühlheim), 6. März. Hier brannte ein Doppelwohnhaus ab. Man vermutet Brandstiftung. Schon vor 14 Tagen brannte es hier, ein junger Landwirt wurde damals der Brandstiftung verdächtig verhaftet und befindet sich jetzt noch hinter Schloß und Riegel.

Mannheim, 7. März. Ein Sittenbild in noch grasseren Farben als sie uns Pola gezeichnet hat, bot eine Verhandlung des Schöffengerichts. Drei Brüder, der Spengler Otto Phil. Münch aus Kaiserslautern, der Spengler Georg Münch aus Ludwigshafen und der Tagelöhner Karl Münch aus Ludwigshafen, letzterer erst 15 Jahre alt, nächtigten zusammen in der Scheune des Landwirts Peter Schwaab in Redarau, die sie erbrachten, mit der 26 Jahre alten Arbeiterin Katharina Mühl. Die letztere hat bereits drei Kinder mit den Brüdern gezeugt. Das Schöffengericht verurteilte die beiden älteren Brüder wegen Hausfriedensbruchs zu je 10 Tagen, die beiden anderen Angeklagten zu je 1 Woche Gefängnis.

Aus Freiburg.

Freiburg, 6. März.

Die Badstraße als Friseurkafé. In einer kürzlich vom Bäcker- und Konditorenverband stattgefundenen Versammlung wurden an die Kollegen die Einladungsgelände in die Badstraße gemacht. So kam auch ein Zettelverteiler in die Badstraße des Bäckermeisters Bant Leon. Welch ein interessanter Anblick bot sich ihm dar! Der Herr Bäckermeister war gerade eingeseift und sah zum Rasieren bereit. Als er den Zettelverteiler sah, sprang er erregt auf und drohte mit Hinauswerfen, wenn er nicht sofort das Lokal verlasse. Wir können es allerdings begreifen, daß der Herr etwas wird, wenn ein fremder Bäckergehilfe in seine Badstraße kommt. Die Behandlung der Bad waren nicht nämlich besonders einladend. Auf einem Tisch am Boden ausgestreut lagen die gemachten Kubeln und zwar so dicht, daß man kaum einen Schritt machen konnte, ohne dabei nicht auf dieselben zu treten. Der Herr Bäckermeister hätte also alle Ursache, anstatt einen Zettelverteiler mit Hinauswerfen zu betreiben, für bessere Ordnung und Reinlichkeit in seinem Betrieb zu sorgen.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 7. März.

Sozialdemokratischer Verein. Die für nächsten Mittwoch geplante Mitgliederversammlung findet erst am 16. März, also acht Tage später, statt.

Die Wahlplakat-Affäre der Weststadt kam am Freitag vor dem hiesigen Landgericht als Berufungsinstanz nochmals zur Verhandlung. Die Strafkammer bestätigte das Urteil erster Instanz, wodurch die Wahlplakate wegen Vergehens gegen das Pressegesetz zu 50 Mk Geldstrafe verurteilt wird.

Verband der Tapezierer.

Die Arbeiter der Ledermöbelfabrik Riemle-Karlsruhe, Essenweinstraße, sind am Samstag in den Ausstand getreten. Ein Mann arbeitet noch. Zugang fernhalten.

Gausagitation für die Gewerkschaften.

In seinem kürzlich erschienenen Geschäftsbericht für das Jahr 1909 sagte der Deutsche Metallarbeiterverband, Geschäftsstelle Karlsruhe: Der Gausagitation wurde im Berichtsjahre große Aufmerksamkeit gewidmet. Insgesamt wurden 1179 Metallarbeiter teils mehrmals besucht, und dabei 131 Mitglieder gewonnen; das sind 11 Prozent der Besuchten. Es geht nicht an, hier alle die Erfahrungen, gute und schlechte, wiederzugeben, die dabei gewonnen wurden, wir wollen nur konstatieren, daß die Aufnahme unserer Vertreter fast überall eine gute war. In den Randorten war der direkte Erfolg noch verhältnismäßig besser als in der Stadt.

Arbeiterfrage und Frauenfrage.

Am Dienstag, 1. März, hielt der Verein der Deutschen Kaufleute, Ortsverein Karlsruhe, einen öffentlichen Vortrag über das Thema: „Arbeiterfrage und Frauenfrage“.

Referent war Herr Rechtsanwalt Stadtrat Dr. Ludwig Haas. Die Veranstaltung war äußerst gut besucht. Der Vortragende verband es, in leicht begreiflicher und pädagogischer Weise die Zuhörer zu fesseln. An dieses Referat schloß sich eine lebhaft interessante Diskussion an, welche bis Mitternacht dauerte.

Fleischpreise

vom 1. bis 15. März

nach Angabe der Metzgerinnung:	
Ochsenfleisch	per Pfund 80—84 Pf.
Rindfleisch	76—80
Kuhfleisch	80—80
Rahlfleisch	88—90
Schweinefleisch mit Schwarte	80
Schweinebraten u. Kotelets	90
Gammelfleisch	70—90

Arbeiter-Diskussionsklub.

Sch. Mit gespannter Aufmerksamkeit lauschte am Dienstag die ungemein zahlreiche Zuhörerzahl den Ausführungen des Redners, Landtagsabg. Benedek über die 48er Revolution. An der Hand der Geschichtsforschung wies der Redner nach, wie das deutsche Volk von seinem ersten Auftreten in der Geschichte einen durchaus freiheitlich gerichteten Charakter gezeigt habe, und wie dann nach und nach die Verhältnisse zu einer Verschlebung all dessen geführt hätten, was einer primitiveren Zeit zu eigen gewesen. Er leitete die Rede durch die Jahrtausende deutscher Geschichte und machte klar, wie die deutsche Revolution durchaus nicht etwas von heute auf morgen Gewordenes, sondern von langer her Natürliches, der Entwicklung der Dinge Angepaßtes gewesen sei. Der Redner schloß mit den Worten von Karl Schurz, des Freiheitskämpfers: „Was den Völkern die Erinnerung an das Jahr 48 besonders wert machen sollte, ist die Begeisterung, die damals alle Kreise ergriff.“

Nach dem hübschen Beifall dankte Herr Dr. Fischer in herzlichsten Worten. An der Diskussion beteiligten sich Buchbinder Liebegut, der besonders das einmütige Vorgehen aller Kreise betonte, Herr Professor Hausraih, der hervorhob, wie bitter not unserer Zeit der Idealismus der Vorkämpfer sei. Herr Boss sprach kurz im gleichen Sinne, wie der erste Diskussionsredner für gemeinsame Arbeit und gemeinsame Willensbetreibungen, wozu der Anlaß schon durch die neuesten Verhandlungen der ersten Kammer gegeben war. Frau Schloß wies noch auf die Frauen jener Tage hin, die den Männern verhältnismäßig Gefährten waren und empfahl besonders den Frauen „Das Tagebuch einer Idealistin“ von Malbida von Preußenburg, einer der tapfersten und edelsten Frauen dieser Zeit.

Fußballsport.

Karlsruher Fußballverein Meister des Südkreises. Bei dem gestrigen in Forstheim stattgefundenen Entscheidungsspiel, dem weit über 4000 Personen aus allen Städten der Umgegend anwohnten, unterlag „Phönix“ mit 0:3 Toren. Halbzeit 0:2. Der Ausgang war eigentlich nicht zweifelhaft, allgemein sprach man R. F. B. größere Chancen zu. Die Mannschaft ist augenblicklich in großer Form und führte ein überlegenes, blendendes Spiel vor. Die Leute fanden sich gleich zu Beginn gut zusammen und jeder einzelne Spieler füllte seinen Posten voll aus. Und „Phönix“? Wo blieb denn hier vor allem die bei früheren Spielen gegen R. F. B. gezeigte Ruhe und Energie? Allerdings war die Mannschaft durch Ersatz geschwächt, aber eine solche Unentschiedenheit und Verschämtheit hätte nicht Platz greifen dürfen. Wohl fand sich mehrmals die Mannschaft gut zusammen und kam schon vor das Tor, um jedoch immer im entscheidenden Moment zu verjagen.

Nur eine Kleinigkeit sicherer und der Erfolg wäre nicht ausgeblieben. Der beste Mann dieser Mannschaft war unseres Erachtens der Torwächter, der durch seine große Umsicht eine noch größere Niederlage verhinderte. Hoffen wir nun, daß der R. F. B. auch bei den kommenden Spielen um die süddeutsche Meisterschaft als Sieger hervorgeht. — Bei dem Westpfälz Nordkreis-Westkreis konnte erstere Mannschaft mit 4:1 Toren gewinnen.

Rasitt.

das von uns schon an dieser Stelle besprochen wurde, ist besonders für die Augen gefährlich. Ein junger Herr, der wegen Lungenentzündung bettlägerig war, hatte den Wunsch, den ihm während des Krankseins gewachsenen Bart zu entfernen. Er benutzte dazu das Rasierpulver Rasitt, welches zu einem Brei angerührt, auf die Bartbaare aufgetragen wird und diese ohne Hilfsnahme eines Messers innerhalb 2—3 Minuten hinwegtilgt. Beim Auftragen geriet ihm unglücklicherweise eine halbe Messerspitze voll in das linke Auge. Das Auge entzündete sich sofort unter heftigen Schmerzen und schloß an. Schnell wurde das Auge von der eingedrungenen Masse befreit und gründlich ausgewaschen, worauf die Schmerzen nachließen. Unter Auswuschungen und Umschlagen heilte die Entzündung bis auf eine leichte Rötung innerhalb acht Tagen ab, ohne eine Sehschwäche zu verursachen. Der behandelnde Augenarzt Dr. Cohen in Breslau stellte darauf Untersuchungen mit dem Rasitt bei Kaninchen an und es ergab sich, daß das Rasitt für das Auge ein höchst gefährlicher Körper ist. Es verursacht bei längerem Verbleiben im Bindehautsack Brand der Bindehaut und Hornhaut und führt durch narbige Entartung der Hornhaut zu völliger und dauernder Erblindung. Diese Folgen zeigen sich, wenn das Mittel trocken oder angerührt ins Auge kommt. Bei ganz kurzem Verweilen des Rasitt im Auge tritt bereits eine stürmische Bindehautentzündung auf, was kein Wunder ist, da das Mittel aus stark ätzenden Substanzen, Kalk, Magnesia und Schwefel besteht.

Wenn nun auch das Rasitt kein Mittel für das Auge ist, so muß man doch bedenken, daß es als Rasierpulver in das Gesicht und in die nächste Nachbarschaft der Augen gebracht wird und daß bei den Manipulationen seiner Anwendung immer leicht etwas von der Masse ins Auge irren kann.

* Arbeiterbildungsberein. Am heutigen Montag Abend 8 1/2 Uhr spricht im Saale des Vereins, Wilhelmstraße 14, der bekannte Naturforscher Herr Hochschulprofessor Dr. W. Mah über Darwinismus. Gäste, auch Damen, sind willkommen.

* Wie sichern und erhalten wir uns das Eheglück (mit Berücksichtigung der Vererbungsfrage). Der Redner wird Herr Redakteur W. Siegert aus Berlin heute Montag, abends halb 9 Uhr, im unteren Saale des Café Nowad einen öffentlichen Vortrag halten.

* Freie Vereinigung Karlsruher Künstler und Kunstfreunde. Der ursprünglich auf Montag, 7. März, festgesetzte Vortrag mit Diskussion von Herrn Privatdozent Dr. Wilhelm Sell pach über: „Degeneration und Tragik“ findet an diesem Abend nicht statt, sondern auch Montag, 14. März 1910, wie üblich im Gartensaal des Hotel „Tannhäuser“.

* General Booth hält am Donnerstag, 10. März, abends 8 1/2 Uhr, in der Festhalle in Karlsruhe einen Vortrag über die „Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Seifarmen“. Kartenverkauf in der Hofmusikalienhandlung Fr. Doert.

* Bad-Verein. Wie bereits bekannt gegeben, wird der Bad-Verein am 16. März in der evangelischen Stadtkirche die 20. Reise in H-moll von J. C. Bach zur Aufführung bringen. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß am Donnerstag, 10. März, abends halb 9 Uhr, im Saal der „Vier Jahreszeiten“, Hebelstraße 21, Herr Karl Malisch einen Vortrag über Bachs Stellung in der Musikgeschichte mit besonderer Berücksichtigung seiner H-moll-Reise halten wird, um so auf den hohen Genus des Werkes vorzubereiten. Der Eintritt steht allen Interessenten unentgeltlich frei.

* Gewerbeverein Karlsruhe, e. B. Seit Jahren hat der Gewerbeverein Karlsruhe die Lehrlingsausbildung reges Interesse entgegengebracht, wozu die alljährlich veranstalteten Lehrlingsarbeitenausstellungen zu rechnen sind. Auch in diesem Jahre wird eine solche Ausstellung von Lehrlingsarbeiten stattfinden. Es können sich daran Lehrlinge beteiligen, die nicht im ersten und nicht im letzten Lehrjahre stehen. Es ist zu wünschen, daß sich recht viele Lehrlinge zu dieser Ausstellung anmelden und werden die Lehrmeister, welche dem Gewerbeverein als Mitglieder angehören, ersucht, ihre Lehrlinge hierzu aufzufordern. Die Anmeldungen werden in der Gewerbevereinschule entgegengenommen, woselbst auch alles Nähere zu erfahren ist.

* Städt. Arbeitsnachweis (Zähringerstraße 100). Im Monat Februar 1910 gelangten in dem männlichen Arbeitsnachweis 685 Arbeitsstellen gegen 704 im gleichen Monat vor. 38. zur Anmeldung. Arbeitsuchende meldeten sich 1840 (1776). Eingestellt wurden 525 (433) Personen. — In dem weiblichen Arbeitsnachweis wurden 712 (433) Arbeitsstellen angemeldet. 624 (367) Personen suchten um Arbeit nach. Eingestellt wurden 329 (176) Personen. — In der Abteilung Wohnungs- und Schlafstellennachweis wurden 12 (15) kleine Wohnungen, Zimmer und Schlafstellen angemeldet, und vermietet 3 (5). — Bei der Rechtsauskunftstelle suchten 458 (438) Personen in 488 (489) Fällen um Rat und Auskunft nach. Auf die einzelnen Rechtsgebiete verteilten sich die Auskünfte wie folgt: Arbeits- und Dienstvertrag 143, Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung 44, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 17, Bürgerliches Recht 17, sonstige zivilrechtliche Angelegenheiten 137, sonstige öffentlich rechtliche Angelegenheiten 14, Strafrechtliches 14, Sonstiges 102.

Die Arbeitsvermittlung erfolgt für Arbeitgeber (auch Dienstverhältnissen) wie für Arbeitnehmer (Dienstboten) völlig unentgeltlich, ebenso die Nachweisung von Kleinwohnungen und Schlafstellen. Auch ist die Erteilung von Rechtsauskünften an minderbemittelte Personen und die Anfertigung von Schriftsätzen gänzlich kostenfrei.

* Diebstähle. In einer Fabrik in Durlach stahl ein 34 Jahre alter, verheirateter Wertmeister von hier Material im Betrage von 270 Mk., um es wieder anderwärts zu verkaufen. — Am 3. d. M. stahl ein unbekannter, Zähringerstraße 104, mittels Nachschlüssel 32 Mk. — In der Nacht zum 4. d. M. wurden Karl-Wilhelmstraße 36 aus einer Mansarde mittels Nachschlüssel: Herrenkleider, Hemden, Taschentücher und eine große Anzahl verschiedensfarbige Selbstbindekrattarten im Werte von 88 Mk. gestohlen.

* Beschwindel. Am 4. d. M. verkaufte ein unbekannter, etwa 48 Jahre alter Mann unter der Vorpiegelung, er sei in großer Geldverlegenheit und müsse infolgedessen seine und seiner Frau gehörige goldene Uhr, die zusammen 350 Mk. gekostet haben, verkaufen, an einen Mann in der Stadt für 70 Mk. Als der Käufer nachträglich die vermeintlich goldenen Uhren von einem Sachverständigen prüfen ließ, stellte sich der Betrag heraus, da es nur messingvergoldete Uhren sind und höchstens zusammen einen Wert von 20 Mk. haben.

* Logiswindel. Eine 51 Jahre alte, ledige Köchin aus Nassau wurde vorläufig festgenommen, weil sie sich am 5. Januar d. J. in der Südstadt unter Vorpiegelung einmietet, dabei den Anschein erweckt, als verfüge sie über Mittel und dadurch die Kost- und Logisgeberin um 131 Mk. schädigt.

* Unfall. Am Samstag Abend verunglückte der Lokomotivschloffer Klumpy in der Hauptwerkstätte beim Aufziehen eines Nischenbehälters dadurch, daß der Nischenbehälter ausrutschte, dem Betreffenden auf den Fuß fiel und ihm die Beine abklüpfte. Am Freitag soll ebenfalls ein ähnliches Unglück passiert sein. Es sollen, wie wir hören, zu wenig Kranen vorhanden sein. Wie soll dies erst werden, wenn das neue Alfordsystem in der Hauptwerkstätte eingeführt wird?

Neues vom Tage.

Auf der Verfolgung von Verbrechern.

Berlin, 4. März. Heute Vormittag ist es in der Frühstunde und nachts in der Gitschinerstraße bei der Verfolgung von Einbrechern zu erheblichen Zusammenstößen zwischen den Verfolgern und Verbrechern gekommen, bei denen die Letzteren trotz Revolvergebrauch machten. Während in der Gitschinerstraße die Schiffe ihr Ziel verfehlten, aber ein Schuttmann einen Anbruch davontrug, wurde in der Frühstunde ein Schlächtermeister durch einen Schuß schwer verletzt.

Frau von Schönebeck verhaftet.

Berlin, 5. März. Frau von Schönebeck, die Gelbin der Altkamerier Offiziers-Tradde, ist gestern Nachmittag in ihrer Wohnung in der Goethestraße 87 aufs neue verhaftet worden. Die Verhaftung erfolgte durch Beamte der Charlottenburger Kriminalpolizei auf Antrag der Staatsanwaltschaft in Altona.

Ein Todesurteil verworfen.

Leipzig, 4. März. Das Reichsgericht beschäftigte sich heute Vormittag mit dem Prozeß des Freizers Hans Finemann, der wegen des Aufhebens erregenden Mordes an der Verkäuferin

Bekanntmachung.

Der Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben der Stadtgemeinde Karlsruhe im Jahre 1910 liegt gemäß § 20 der Städteveranschlagungsanweisung zur Einsicht aller Beteiligten vom 7. d. M. ab während 8 Tagen auf dem Geschäftszimmer der Registratur, Rathaus 2. Stod, Zimmer Nr. 74, nördlicher Seiteneingang, auf.

Karlsruhe, den 4. März 1910. Der Stadtrat. Siegrist. Keller.

Bekanntmachung.

Die öffentliche Prüfung in der städt. Handelsschule findet Freitag, den 11. d. Mts., vormittags von 8-1 Uhr, in der Turnhalle des Schulhauses Gartenstraße 22 statt.

Die im Laufe des Schuljahres angefertigten schriftlichen Arbeiten liegen auf. Eltern und Lehrherren unserer Schüler, sowie Interessenten der Schule sind zum Besuche der Prüfung freundlichst eingeladen. Karlsruhe, den 7. März 1910.

Der Vorstand der Handelsschule: Ad. Vogt, Rektor. 1808

Montag den 7. März, abends 8 1/2 Uhr: im unteren Saale des Café Nowack:

Vortrag

von Herrn W. Siegert, Redakteur aus Berlin, über 1808

Wie sichern und erhalten wir uns das Eheglück? (mit Berücksichtigung der Vererbungsfrage). Eintritt 30 Pfg.

WELT KINEMATOGRAPH Kaiserstr. 133 Karlsruhe zwischen Marktplatz und Kreuzstrasse. Weltstadt-Programm vom 5. bis 11. März 1910.

Hänsel und Gretel. Prachtvolle Szenen aus der deutschen Märchenwelt. Ein interessanter Blick in ein Aquarium. (Serie I.) Hochinteressant. Der kostbare Schuh des Landstreichers. Bester komischer Akt. Dass noch einmal sie erscheine, Duett aus der Oper 'Troubadour'. Schwedische Volkstänze. Reizende Aufnahme mit Nationalkostümen. Das Festmahl des Balthasars. Grossartige bibl. Tragödie a. d. Zeit des Perserkönigs Cyrus. Eine Fahrt mit dem Hochseefischdampfer im weissen Meer. Feiertag. Urdrollige Burleske. 1801

Unwiderruflich! Diesen Samstag den 12. März 1910 Ziehung der Bad. Rote + Geld-Lose 3388 Geld-Gewinne ohne Abzug 44000 Mk. 2 Hauptgewinne 20000 Mk. 586 Gewinne 14000 Mk. 2800 Gewinne 10000 Mk. Lose à 1 Mk. (11 L. 10 Mk. Porto u. Liste 30 Pfg. empfiehlt Lotterie-Unternehmen J. Stürmer, Straßburg i. E. In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstr. 11/15. Gebr. Göhringer, Kaiserstr. 60.

Hafenhall, 4- bis 6-teilig für kleine Rassen, zu kaufen gesucht. Off. m. Preisangabe unt. B. an d. Erwed. d. Bl. Eintüric. Schrank alt, zu kaufen gesucht. Mühlsburg, Niederstraße 4, 4. St. I.

Todes-Anzeige.

Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Gattin und Mutter

Rosa Weidemann geb. Winkler nach langem, mit Geduld ertragenen Leiden im Alter von 25 Jahren Samstag Morgen 9 1/2 Uhr sanft entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Joseph Weidemann nebst Kinder.

Die Beerdigung findet Montag, den 7. März, mittags 1/4 Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt. Trauerhaus: Marienstraße Nr. 3, 5. St. 1812

Dankagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme an dem uns so schwer betroffenen Verluste meiner lieben Frau, Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Rosa Ebert geb. Kuhn sagen wir herzlich Dank. Besonderen Dank sei Herrn Stadtpfarrer Rapp für die schönen trostreichen Worte am Grabe, ferner den Herren Sängern des 'Sängerbund Vormärts' für den erhebenden Grabgesang und der Kranzniederlegung, allen denen für die aufopfernde Pflege während ihrer Krankheit und die vielen Kranzspenden und die zahlreiche Beteiligung zur letzten Ruhestätte. 1818

Karlsruhe, den 7. März 1910.

In tiefer Trauer: Xaver Ebert, Schühmachermeister u. Kinder Gottfried Kuhn Emma Kuhn geb. Haug.

Arbeiter-Diskussionsklub.

Dienstag den 8. März, abends 1/9 Uhr im Gemeindefaust der Südstadt (Eingang nur Lützenstraße)

Gruppensitzung der Südstadtgruppe. Thema: Der biblische Schöpfungsbegriff. Redner Herr Stadtpfarrer Rapp. Eintritt frei für Jedermann. - Gäste willkommen. Der Vorstand. 1802

Obst- u. Gemüsekonserven

feinster Qualität neuester 1909er Ernte.

Table with 2 columns: Product name and Price. Items include Schnittbohnen, Erbisen, Gemüse, Suppen, Leipziger Allerlei, Carotten, Spargeln etc., Mirabellen, Pfäumen, getrocknete Pfäumen.

Geschwister Roos Amalienstr. 25a, Karlsruhe.

Geschwist. Hauenstein Wilhelmstr. 30, Karlsruhe.

Geschwist. Feibelmann Rheinstraße 34a, Mühlsburg.

Stille Vermittler.

Alle gut eingeführte deutsche Gesellschaft, die neben der Feuerversicherung auch die Versicherung gegen Einbruch, Diebstahl und Wasserleitungsschäden betreibt, wünscht mit Herren in Verbindung zu treten, die gewillt sind, ohne eine offizielle Vertretung zu übernehmen, gelegentlich in ihren Bekanntenkreisen Abschlüsse zu vermitteln. Einem Jeden, dem Kaufmann wie dem Beamten, dem Angestellten wie dem intelligenten Arbeiter, insbesondere aber dem pensionierten Beamten und Offizieren a. D. wird hierdurch Gelegenheit geboten, ihre freie Zeit nutzbringend zu verwenden und sich einen angemessenen Nebenverdienst zu verschaffen. Strengste Diskretion wird zugesichert. Offert. unter W. 793 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Karlsruhe. 1091

Bekanntmachung.

Im Monat März d. J. werden in den Nachmittagen, jeweils um 10 Uhr abends beginnend, einzelne Wasserrohrleitungen gespült. Zu diesem Zweck wird die Stadt in 3 Gebiete eingeteilt und die Spülarbeiten wie folgt ausgeführt:

In dem Gebiet der Süd- und Oststadt östlich des Strassenzuges: Durlacher Tor, Kapellenstraße, Kriegstraße, Ettlingerstraße und Seepromenade

vom 7. bis mit 11. März d. J., in dem Gebiet der Mittel- und Altstadt östlich begrenzt durch den Strassenzug: Durlacher Tor, Kapellenstraße, Kriegstraße, Ettlingerstraße und Seepromenade; westlich begrenzt durch den Strassenzug: Westendstraße, Kriegstraße, Lessingstraße und Deurienstraße

vom 12. bis mit 16. März d. J., in dem Gebiet der Weststadt mit Mühlsburg und dem Bannwald westlich des Strassenzuges: Westendstraße, Kriegstraße, Lessingstraße und Deurienstraße

vom 17. bis mit 19. März d. J. Während der ganzen Dauer dieser Arbeit (7. bis 19. März) lassen sich Erhebungen des Wassers auch in entfernteren Rohrleitungen nicht vermeiden; auch ist die Möglichkeit des Ausbleibens des Wassers während der obengenannten Zeit nicht ausgeschlossen.

Wir erlauben deshalb unsere Wasserabnehmer, ihren Wasserbedarf für die Nacht während der angegebenen Zeit jeweils vor 10 Uhr abends der Leitung zu entnehmen. Ferner machen wir noch insbesondere darauf aufmerksam, daß bei Penllung von Badewannen nach 10 Uhr abends entsprechende Vorkehrungen angewendet werden muß. Es empfiehlt sich, darauf zu achten, ob dem in Benutzung genommenen (brennenden) Badewanne auch tatsächlich Wasser entströmt; beim Ausfließen von Wasser ist sofort die Penllung abzustellen bzw. der Gasabsperrventil zu schließen. Karlsruhe den 3. März 1910.

Städtische Gas- und Wasserwerke.

Triberg. Maler gesucht. 5-6 Maler finden dauernde Beschäftigung bei Jg. Schölller. 1806

Tuch-Schuhmacher für dauernd gesucht. 1285 Gottlieb Dagenbach Schuhfabrik, Appenweier.

Süd- und Ungarweine der deutschen Central-Weinhandlung, vorzüglicher Qualität, direkt bezogen, wie Ober-Ungar, Rufter, Dedenburger, Szamorodner, Blutwein, insbesondere Medizinal-Ungarweine, dem unterstellt, empfiehlt zu billigen Preisen Fr. Renner, Kolonialwaren- und Weinhandlung, Karlsruhe, Lützenstraße 58.

Tafeläpfel sind fortwährend zu haben 1822 Schützenstr. 42, Hof.

Schuhwaren läuft man billig u. dauerhaft bei Frau Heinzmann, Morgenstraße 33, 1208 Große Auswahl in Herren-Damen- u. Kinderstüben.

I. u. IV. Haupttreffer der Sinsheimerlotterie und viele kleinere Gewinne kamen wieder in meine Kollekte und wieder war's eine Perdelotterie die soviel Glück brachte. Nächste Beste ist Donaueschingen mit Loten à 2.-, Rothkreuz, Berliner und Mainmarkt à 1.-, Triburger à 50 Pfg., sowie Nürnberg à 3.-, bei mehr mit Rabatt.

Carl Götz Bankgeschäft, 1288 Gebelstr. 11/15, Karlsruhe.

Freiburg. In Zigarren, Zigaretten und Tabaken finden Sie gute Sorten in reicher Auswahl in dem Zigarren-Spezial-Geschäft von 16 Fried. Ackermann 1 Kreuzstrasse 1.

Ein Kinderliegwagen und ein Sportwagen, beide mit Gummireifen, à 10 Mk. zu verkaufen. 1274 Ungarstr. 9, 4. Stod.

Kinderlieg- und Sportwagen gegeben. Lützenstr. 52, 4. St.



Residenz-Theater Waldstrasse 30. Programm. Samstag, den 5., Sonntag, den 6., Montag, den 7., und Dienstag, den 8. März 1910, ununterbrochen von nachmitt. 3 Uhr bis abends 11 Uhr.

Treue Liebe auf Probe gestellt. Tieser greifend. Drama, eine Episode aus dem Leben des Kaisers Napoleons I. Winter-Sport in Canada. Grossartiges hochinteressant. Wintervergnügen. Schlittenfahrer. Schlittschuh- u. Skiläufer, Leute, die sich an den drolligen indianischen Schneeschuhen fortbewegen, was dem Watscheln der Enten gleicht u. a. m.

Verlorenes Glück, Tonbild. Das Passionspiel-Dori Oberammergau im Winter. Eine herrliche Naturaufnahme, welche uns die in altdeutscher Stile ausgeführten Baulichkeiten dieses kleinen Dorfes vor Augen führt. Besonders interessant und gut gelungen ist die Aufnahme von dem Passionspielhaus, in welchem jährlich die grossen Passionsspiele von Oberammergau zur Vorführung gelangen.

Gott schütze mich vor meinen Freunden. Sehr erheitend. Die verwünschte Mühle. Ergreifendes Drama mit wunderbaren Farbeffekten ausgestattet. Malerisch u. lebhaft spielen sich die Hochzeitsfeierlichkeiten mit ihrem seltsamen Gebräuchen des holländischen Lebens auf den Kanälen ab, die wie ein richtiges Schachbrett das mit Windmühlen übersäte Land durchkreuzen.

Das Schloss v. Versailles. Wir sehen die grössten und schönsten Wasserkünste dieser Stadt in verschiedenartigen Farbeffekten, die Aufnahme ist hochinteressant und lehrreich.

Die Zauber-Mätze. Ein humoristischer Trick-Film, welcher die Besucher in die grösste Heiterkeit versetzt. Lumiere. Farbenfotografien nach Originalgemälden von R. Leinweber, Serie 2, Programm der 2. Woche. 1. Israel zieht nach Aegypten. 2. Israels Dienstbarkeit und Drangsal in Aegypten. 3. Moses Auffindung und Errettung. 4. Moses und Aroon vor Pharaon. 5. Der Aegypters Untergang im roten Meere. 6. Moses schlägt Wasser aus dem Felsen. 7. Moses betet für den Sieg Israels über die Amalekiter. 8. Moses zertrümmert die Gesetzstafeln. 9. Die Kundschafter kehren aus Kanaan zurück. 10. Israel zieht zwischen Sittim und Jericho trockenem Fusses durch den Jordan. 11. Zerstörung der Mauern Jerichos. 12. Josua gebietet der Sonne still zu stehen. 13. Josua fängt die besieigten fünf Könige in der Höhle. 14. Jael und Sissara. 15. Siegeslied Deborahs. 1877

Dr. ... Ausgabe ... 75 Pfg. ... abgeholt ... 2.10 Mk. ... Buch d ... Unse ... Der ... Eine R ... „Und ... gefeuht ... öffnete ... Der bla ... mit dem ... bündet, ... botenen ... dieser ... versprach ... Polizei, ... an dieser ... Und ... reizten ... haben, o ... einen ge ... genialen ... Der Tre ... verbarri ... fordern ... nach der ... war mit ... ständen ... Säbel u ... mit dop ... waren, ... konnten ... oder die ... am leht ... demonst ... im Berl ... stadt, be ... auf dem ... Jagow ... gang ge ... dafür ei ... und Ber ... Spazier ... war, fa ... gehntau ... die gan ... Tor bis ... der Sie ... dem Bi ... gewaltig ... aus vor ... rote F ... ten sich ... einem ... Hauptm ... marschie ... zu dacht ... ober der ... kurzen ... nen Fen ... Pun ... der Ab ... Moabit ... Taufben ... Königg ... strafe r ... gebung ... schlossen ... hat, ve ... spazier ... er stell ... schlossen ... ein ger ... Die ... sie wird ... der N ... und ha ... Kopflos ... lassen a ... hung g ... anrief, ... lassen r ... hat, bo